ZivilCourage
Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Was die Friedensbewegung von der OBAMANIA erwarten kann – und was nicht

INHALT

TITEL

4 Was die Friedensbewegung von der Obamania erwarten kann – und was nicht

FRIEDENSPÄDAGOGIK

8 Stephan Mörle und Jürgen Grässlin stellen ein friedenspädagogisches Projekt vor, wie sich Kinder und Jugendliche aktiv für Frieden und Menschenrechte einsetzen können

ANTIMILITARISMUS

10 Die Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden der War Resisters International

12 Die Nato feiert im nächsten Jahr in Baden-Baden und Straßburg ihren 60. Geburtstag – Monty Schädel stellt die Protestaktionen gegen das Kriegsbündnis vor

13 Aufruf: Nein zum Krieg - Nein zur Nato

FRIEDENSARBEIT

14 Florian Wieckert fragt: Was kann, was will, was soll die DFG-VK-Plattform „Schritte zur Abrüstung“?

FRIEDENSBEWEGUNG

16 Die Friedensbewegung hatte immer gewarnt vor in Deutschland stationierten Atomwaffen und wird nun von Helmut Schmidt bestätigt – Wolfram Wette stellt ein aktuelles Buch vor, das die Hintergründe der Auseinandersetzung vor 30 Jahren beschreibt

GEWISSENSFREIHEIT

18 Plötzlich wird das Gewissen durch die hessische SPD zu einem öffentlichen Diskussionsthema – Ulrich Finckh fragt: Fraktionsdisziplin oder Gewissensfreiheit?

DFG-VK-INTERN

17 Kolumne von Tobias Pflüger

DFG-VK-Intern:
18 Jahresrückblick und Ausblick von DFG-VK-Bundesgeschäftsführer Monty Schädel

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27 29 82 31, Telefax 27 29 82 32, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 0177-887 10 14, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-81 80 32, Telefax 0231-81 80 31, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155 112, Telefax 0711-2155 214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-896 234 46, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, Karl-Kunger-Straße 18, 12435 Berlin, Telefon 030-610 744 11, Telefax 030-610 744 10, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-596 49 61, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96 688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431 440, Telefax 069-499 00 07, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-887 10 14, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818 032, Telefax 0231-818 031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45 425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35 958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 03212-1028255, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-60 03 45, Telefax 0711-640 33 94

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34, Telefax 0711-320 28 33

ISSN
1614-1954

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18 05 82 85, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
„Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (in einer Teilauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 30. November. Die nächste Ausgabe erscheint im Januar 2009, Redaktionsschluss ist der 6. Januar 2009.

Die ZivilCourage wird auf 100-%-Altpapier gedruckt.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

KIRCHE UND FRIEDEN

KDV-Zeitschrift vorerst gerettet

Die Zukunft von „zivil – Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit“ scheint vorerst gesichert zu sein. Im Zuge von Umstrukturierungen und Kürzungen stand das Magazin, das seit fast 40 Jahren von der evangelischen Zivildienstseelsorge herausgegeben wird und das alle evangelischen Zivis während ihrer Dienstzeit kostenlos erhalten, vor dem Aus. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich nun dafür eingesetzt, dass die „Finanzierung von ‚zivil‘ über die Phase der Neukonzeptionierung“ – einer stärkeren Einbeziehung von TeilnehmerInnen an Freiwilligendiensten in die Zielgruppe – „hinaus gesichert werden“ soll.

KIRCHE UND KRIEG

Zwangsmissionierung ab 2009

Voraussichtlich Anfang nächsten Jahres soll bei der Bundeswehr die neue Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/4 in Kraft treten, in der auch der so genannte „lebenskundliche Unterricht“ (LKU) geregelt wird. Dieser wird von Militärpfarrern der Kirchen erteilt. Die Militärpfarrer werden zwar von ihren Kirchen entsandt, sind aber während ihrer Dienstdauer Bundesbeamte und werden vom Staat bezahlt. War der LKU bislang ein Angebot, dessen Besuch freiwillig war, soll dieser künftig für alle Soldaten verpflichtend sein. Der katholische Militärbischof Mixa meinte dazu: „Die Seelsorger haben dann Zugang zu allen Soldaten, gleich welcher Konfession und Weltanschauung. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Vermittlung und Grundlegung einer soldatischen Berufsethik, die in unserer christlich-abendländischen Tradition gründet.“ Heftig kritisiert wird die Neuregelung vom Bund für Geistesfreiheit. In einer Presseerklärung weist er darauf hin, dass „immerhin 42 Prozent der Bundeswehrangehörigen konfessionslos“ seien, und bezeichnet den LKU als „Missionierung unter Missachtung der Nichtreligiösen“. Die Vereinigung sichert allen Soldaten Unterstützung zu, „die sich gegen die Zwangsteilnahme am militärischen Religionsunterricht wehren“, und fordert Bürgerrechtsorganisationen und auch die DFG-VK dazu auf, sich für die Rückgängigmachung der „Kursänderung in der Militärseelsorge“ einzusetzen.

DESERTEURE

US-Deserteur stellt Asyl-Antrag

Als erster US-Deserteur des Irak-Krieges hat André Shepherd Ende November einen Asylantrag gestellt, den er auf einer Pressekonferenz der deutschen Öffentlichkeit vorstellte. Als Mechaniker für den Kampfhubschrauber Apache war Shepherd in Katterbach (Bayern) stationiert. Vor einer erneuten Verlegung in den Irak im letzten Jahr entschloss er sich, die Armee unerlaubt zu verlassen, da er sich bis dahin ausführlich über den Kriegseinsatz informiert hatte. Mittlerweile sieht er den Krieg im Irak wie den in Afghanistan als illegal an. „Ich glaube, dass die Apache-Hubschrauber für einen bedeutenden Teil der getöteten Zivilisten im Irak verantwortlich sind. Ich musste mich entscheiden: entweder mein Gewissen verleugnen oder das Militär unerlaubt verlassen.“ Ein Antrag auf KDV sei für ihn nicht in Frage gekommen, da seine Überzeugung nicht den Regelungen des US-Militärs für KDV entsprächen. Diese verlangten, dass grundsätzlich jeder Krieg abgelehnt werde. Für Rudi Friedrich von Connection e.V. ist die Entscheidung von Shepherd „ein mutiger Schritt angesichts der drohenden Konsequenzen bei einer Ablehnung des Asylantrages.“ Shepherds Rechtsanwalt verweist darauf, dass es im EU-Recht anerkannt sei, „dass ein Soldat, der Hinweise dafür hat, dass in einem Krieg, in dem er eingesetzt werden wird, das Völkerrecht verletzt werden wird, an dem Krieg nicht teilnehmen darf. Als Herr Shepherd eingesetzt war, gab es in Falludscha Einsätze von Hubschraubern der US-Armee, bei denen es zu unverhältnismäßig vielen Toten unter der Zivilbevölkerung kam. Insbesondere im Jahr 2007, als die Bush-Administration die Kriegsstrategie geändert hatte und die Luftangriffe verstärkte, kam es zu vermehrten Angriffen auf die Zivilbevölkerung. Von daher hat Herr Shepherd die Pflicht gehabt, den Kriegsdienst zu verweigern, und er hat das Recht, in Deutschland Asyl zu beantragen.“

EDITORIAL

Foto: Regine Leibann

Liebe Leserin,
lieber Leser,

wenn man die Präsidentschaftwahl in den USA beobachtet hat, konnte man nach dem Sieg Barack Obamas durch die Berichterstattung in den Medien den Eindruck gewinnen, der Messias sei erschienen. Wenn man bedenkt, dass noch vor wenigen Jahrzehnten schwarze Amerikaner ihren Sitzplatz im Bus für einen Weißen räumen mussten, dann kann man die Begeisterung nachvollziehen, dass einer dieser früher „Nigger“ genannten Menschen nun zum Präsidenten gewählt wurde. Oder wenn man weiß, dass rund 47 Millionen Amerikaner nicht krankenversichert sind, weil sie sich das nicht leisten können, und Obama bis 2012 allen AmerikanerInnen eine Krankenversicherung verschaffen will – eigentlich eine zivilisatorische Selbstverständlichkeit –, kann man verstehen, dass er für viele wie ein Erlöser erscheinen muss. Gleichzeitig ist er aber die Projektionsfläche für so viele Hoffnungen und Erwartungen geworden (kein Wunder nach acht Jahren Bush-Abenteuer), dass er sie unmöglich alle erfüllen kann. Vermutlich auch nicht die nach einem radikalen „Change“ in der Außenpolitik. Die USA bleiben eine Supermacht mit riesiger Armee, gigantischen Rüstungsausgaben, über den ganzen Erdball verteilten Militärstützpunkten – und nationalen Interessen. Diese ändern sich noch nicht allein durch die Wahl Obamas. Es bleibt deshalb Skepsis gegenüber der „Obamania“ angebracht, mindestens eine differenzierte Betrachtungsweise – so wie sie Elsa Rassbach in der Titelgeschichte leistet. Oder sollte doch Tobias Pflüger mit der Einschätzung in seiner Kolumne richtig liegen, wenn er sagt: „Obama steht für Kontinuität statt Wandel, für Kriegskontinuität statt Wandel zum Frieden“? Es liegt auch mit an uns als internationaler Friedensbewegung.

Stefan Philipp

Was die Friedensbewegung von der OBAMANIA erwarten kann – und was nicht

Der Wahlsieg Barack Obamas bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat eine solche Begeisterung ausgelöst und Erwartungen geweckt, dass schon gewarnt werden musste: Auch Obama kann nicht übers Wasser gehen! Vorsicht also vor der Obamania. Sicher kann man die Wahl eines Afroamerikaners zum US-Präsidenten historisch nennen, kulturell kommt das in den USA innergesellschaftlich betrachtet einer Revolution gleich. Ob aber mit einer wirklichen Veränderung der Kriegspolitik gerechnet werden kann, bleibt die große Frage. Elsa Rassbach, DFG-VK-Mitglied und in Berlin lebende US-Amerikanerin, wirft einen differenzierten Blick auf die Frage, was aus friedenspolitischer Sicht von der US-Politik unter Obama zu erwarten ist.

Von Elsa Rassbach

Schon wieder die Luftbrücke?! Als Barack Obama im Juli diesen alten Schinken aus dem Kalten Krieg zum zentralen Punkt seiner Rede an der Siegessäule in Berlin machte, um eine größere Beteiligung der Deutschen in Afghanistan zu fordern, konnte ich meinen Ohren kaum trauen. Ich war mit einem – vom Veranstalter verbotenen – Transparent „Truppen raus aus Afghanistan“ gekommen, hielt Obama bis zu diesem Zeitpunkt aber trotzdem für einen modernen und weltgewandten Politiker. In dieser Rede zeigte Obama allerdings nicht einmal das Bewusstsein, dass viele der an der Siegessäule Versammelten während des Kalten Krieges auf der anderen Seite der Mauer lebten und vielleicht alles ganz anders erlebt hatten. Der Redner war nicht einmal geschickt genug, den Deutschen ein paar Komplimente zu machen: Zum Beispiel könnten wir US-AmerikanerInnen einiges von Europa und Deutschland in Bereichen wie Krankenversicherung, öffentliche Verkehrssysteme und bezahlbare Universitätsausbildung lernen – alles Ziele, die Obama für die USA angeblich erreichen möchte.

War Obamas Rede in Berlin ein Zeichen dafür, wie er als Präsident regieren wird? Oder wurde sie nur von Redenschreibern für den überlasteten Kandidaten geschrieben, der ja erst 28 Jahre alt war, als die Mauer fiel? Die Profis der Demokratischen Partei, die die Kandidatur Obamas schon vor mehreren Jahren absegneten haben, um ihn dann den Protestierenden als „Erlöser“ zu verkau-

fen – werden sie letztendlich bestimmen? Wird alles beim Alten bleiben, oder bedeutet der Sieg Obamas eine Chance auf eine grundsätzliche Änderung der US-Politik, wonach sich so viele US-AmerikanerInnen sehnen?

Die Antwort darauf habe ich nicht, das kann ich jetzt schon zugeben. Wie so viele auf der Welt suchen auch wir US-AmerikanerInnen täglich nach Zeichen dafür, was nun werden wird. Viele sind misstrauisch geworden. Aber andere, teilweise gute, kluge AktivistInnen, sind voller Hoffnung. „Wer unter uns ist nicht sprachlos", schrieb Michael Moore kurz nach der Wahl. „Die Tränen fließen. Tränen der Freude, der Erleichterung. Ein überwältigender, kolossaler Erdrutschsieg der Hoffnung in einer Zeit tiefster Verzweiflung! Ein Afroamerikaner ist als Präsident der Vereinigten Staaten gewählt worden. Alles ist möglich."

Auch meine Augen waren feucht, als ich zusammen mit deutschen und US-FreundInnen in Berlin früh am Morgen des 5. November die Rede von Obama nach seinem Wahlsieg „live" erlebte. Es war eine viel bessere Rede, als wir sie seit langem von einem US-Politiker gehört haben. Er sagte auch (ein Funken von Hoffnung für mich), dass die Größe der USA nicht in ihrer militärischen oder ökonomischen Macht liege (Gott sei Dank!), sondern in der demokratischen Idee, die erneuert werden muss. „Eine schwarze Frau im Weißen Haus – ist das nicht toll, ist das nicht toll!" sagte meine Freundin immer wieder. Ja, das Weiße Haus ist mit Sklavenarbeit gebaut worden, und das Dienstpersonal waren in den ersten 50 Jahren der US-Republik Sklaven.

Obama ist nicht nur ein Afroamerikaner, sondern einer mit einem muslimischen Namen und Verwandten, der als Kind in Indonesien mehrere Jahre eine muslimische Schule besuchte. Er ist Sohn einer weißen „Hippie"-Mutter, die zu ihren Grundwerten in den 1960-er Jahren gekommen ist, die sich schon damals (sehr „vorzeitig") getraut hat, eine Liebschaft mit einem schwarzen Afrikaner einzugehen. Obama ist noch dazu im Grunde vaterlos aufgewachsen und von seiner weißen Großmutter erzogen worden. Sein erster Job hatteer als Aktivist für die ärmeren Gemeinden in Chicago, und er war lange Mitglied einer Kirche, der von einem radikalen schwarzen Pfarrer geleitet wurde, der nach dem 11. September 2001 gepredigt hat, dass die USA gewissermaßen den Anschlag insofern „verdient" hätten, weil sie sich so ausbeuterisch anderen Völkern gegenüber verhalten hatten. Undenkbar, dass noch vor zehn Jahren in den USA solch ein Kandidat aufgestellt und gewählt hätte werden können!

Die Obama-Kampagne ist unter dem Logo „Change" (Veränderung) geführt worden. Der Wahlsieg allein ist schon ein Zeichen, dass eine gravierende Veränderung in den USA bereits eingetreten ist, und zwar in der Einstellung der Bevölkerung. Die Möglichkeit des Siegs eines Kandidaten wie Obama ist letztlich auf die langjährige Basisarbeit der US-amerikanischen Friedensbewegung, Bürgerrechtsbewegung, Arbeiterbewegung, Frauenbewegung und von progressiven Kirchen zurückzuführen.

Aber bevor wir hier zu optimistisch werden, sollten wir auch nicht vergessen, dass nur 43 Prozent der weißen Bevölkerung für Obama gestimmt haben, davon in der Mehrzahl Frauen. Wir sollten nicht vergessen, dass in mehreren, vorwiegend im Süden gelegenen Bundesstaaten Obama nur etwa ein Drittel der Stimmen bekommen hat. Wir sollten nicht vergessen, dass es in den USA immer noch eine relativ starke, rechte „Volksbewegung" für den Krieg gibt. Diese Bewegung ist viel wichtiger und populärer in den USA als es vergleichbare neonazistische Bewegungen in Europa sind. Diese Bewegung bereitet schon den Gegenschlag vor, plant schon das Amtsenthebungsverfahren.

Wir müssen Obamas Chancen – falls er wirklich etwas ändern will – in diesem Licht betrachten. Innenpolitisch gesehen bietet seine Amtszeit sogar große Chancen: Gerade die Finanzkrise verlangt ganz neue Lösungen und viel Umdenken. Aber Obamas Präsidentschaft ist damit auch schon gefährdet. Falls die Rezession lange dauert oder sich sogar zur Weltwirtschaftskrise wie in den 1930-ern entwickelt, werden die Rechten Obama die Schuld zuschieben – sie tun es schon.

Er hat als Kandidat versprochen, die Steuern der ärmeren 95 Prozent der US-BürgerInnen zu reduzieren, eine fast universelle Krankenversicherung einzuführen und vieles mehr. Wird dies noch möglich sein, oder wird er eventuell doch die Steuer erheblich erhöhen müssen und andere Versprechen nicht einhalten? Dies könnte sehr rasch zu einem wachsenden Zynismus unter seinen AnhängerInnen führen wie auch zu einer Stärkung der rechten Kräfte.

Obama hat gesagt, dass er gegen „dumme" Kriege sei. Unter den 52 Prozent der WählerInnen, die für Obama gestimmt haben, gibt es breite Meinungsunterschiede in der Frage Krieg und Frieden. Die „New York Times", die schon lange für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak plädiert und eine Wahlempfehlung für Obama ausgesprochen hatte, hat nun in einem längeren Leitartikel ihre Position zu den wichtigen neuen Aufgaben aufgelistet: Trotz Finanzkrise müsse Obama sofort die US-Streitkräfte um fast 100.000 SoldatInnen erweitern, den Krieg in Afghanistan intensiver führen und die USA auf Einsätze gegen Guerillas in der ganzen Welt vorbereiten. Im Kontrast dazu schrieb die Friedensaktivistin Cindy Sheehan, Mutter eines im Irak „gefallenen" US-Soldaten, die im Sommer 2005 wochenlang und weltweit beachtet mit einem Camp vor der Ranch von George W. Bush in Texas gegen den Irak-Krieg protestiert hat: „Wenn Obama nicht eine schnelle und vollständige Beendigung des US-Kriegs des Terrors gegen die Welt vollzieht, sollte jemand ein Camp vor seiner Ferienwohnung errichten." Einige meinen sogar, dass „Obama, der Erlöser" gerade dazu geschaffen wurde, dem inzwischen in Verruf geratenen „Krieg gegen den Terror" ein neues Gesicht zu geben und die Friedensbewegung zu spalten.

Ich selbst und viele andere US-AmerikanerInnen haben bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei gerade deswegen für Obama gestimmt, weil er sich klar gegen den Angriff auf den Irak ausgesprochen hat. Obama sagte in den Vorwahl-Debatten immer wieder, dass er von Anfang an gegen den Irak-Krieg war, während Hillary Clinton dafür gestimmt hätte. (Allerdings war Obama noch nicht Mitglied des US-Senats, als er seine Opposition gegen den Irak-Krieg im Wahlkampf für den Senat 2004 erklärt hat; dem US-Senat gehörte er seit Anfang 2005 an.) Er sagte immer wieder, dass gerade er der stärkere Präsidentschaftskandidat sei, weil nur er als „jemand, der diesen Krieg nie unterstützt hat", einen starken Kontrast zur Bush-Politik biete. Die berühmte Internet- und Basiskampagne, die Obama nun den Sieg brachte, ist im Wesentlichen aus der Energie, der Leidenschaft und den Fähigkeiten der Antikriegs- und sozialen Bewegungen entwickelt worden.

Nach den Vorwahlen und seinem Erfolg darin stellte sich aber heraus, dass Obamas Pläne für den Irak nicht eindeu-

tig im Sinne der Friedensbewegung sind. Schlimm genug, dass er den Abzug der US-Truppen erst 16 Monaten nach seinem Amtsantritt geplant hatte, sagte er nun sogar, dass er „erst nach Beratung“ entscheiden wird, wie viele US-Truppen wie schnell abgezogen werden; dabei sollen mindestens 30.000 SoldatInnen wie auch wahrscheinlich zehntausende Söldner von privaten Militärfirmen wie Blackwater etc. permanent im Irak bleiben.

Obama wird sicherlich versuchen, der US-Außenpolitik ein etwas anderes Gesicht zu geben. Am 16. November bei seinem ersten Interview nach dem Wahlsieg erklärte Obama im Sender CBS, dass er als ein Teil der Bestrebungen, „Amerikas moralische Statur in der Welt wieder aufzubauen“, Guantanamo schließen wird. Sein Team hat aber schon bekannt gegeben, dass Bush, Cheney und andere nicht zur Rechenschaft wegen dieses und anderer Verbrechen gezogen werden sollen. Im selben CBS-Interview sagte Obama wie bereits zuvor bei seiner Rede in Berlin, dass er die US-Truppen aus dem Irak abziehen wird, aber den Krieg „gegen al-Qaida“ in Afghanistan, ausweiten wird.

In vier wichtigen Fragen erscheint die US-Außenpolitik Obamas identisch mit der der Bush-Regierung: Er ist für die Erweiterung des Afghanistan-Kriegs und der US-Präsenz im Mittleren Osten, für die Unterstützung der jetzigen irakischen Regierung durch US-Militärgewalt, für die einseitige Unterstützung Israels ohne die klare Anerkennung der Rechte und Ansprüche des palästinensischen Volkes und für die Fortsetzung des Druck auf den Iran.

In manchen Punkten hat er sich sogar kriegerischer als der republikanische Präsidentschaftskandidat McCain geäußert. Während des Wahlkampfs kündigte Obama an, dass er unter Umständen militärische Angriffe in Pakistan anordnen werde, auch ohne Einwilligung der pakistanischen Regierung. Das ging sogar McCain zu weit, der Obama daraufhin als „verantwortungslos“ bezeichnete. Während McCain meinte, dass Iran eventuell Atomkraft friedlich entwickeln und nutzen dürfe, wäre dies für Obama ein Kriegsgrund.

Obwohl sich Obama bereit erklärt hat, sich mit „Feinden“ der USA zu treffen, hat er die neokonservative Doktrin des US-Alleingangs in „präemptiven Kriegen“ keineswegs zurückgewiesen. Solche Maßnahmen sollen nach wie vor durch stillschweigende Einwilligung der deutschen Regierung über die US-Militäreinrichtungen in Deutschland organisiert werden.

Auch in seinen Personalentscheidungen zeigt Obama keine neue Richtung für die US-Außenpolitik. Zu seinem Vizepräsidenten machte er Senator Joseph Biden, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschuss und von Anfang an ein Unterstützer des Angriffs auf den Irak, der eine führende Rolle bei der weiteren Bewilligung der Kriegsbudgets gespielt hat, nachdem die Demokraten 2006 die Mehrheit im Kongress bekommen haben.

Der neue Stabschef im Weißen Haus und „Türsteher“ am Oval Office soll Rahm Emanuel werden, einer der konservativsten Abgeordneten der Demokraten im Kongress und Mitglied der Gruppe „New Democrat Coalition“, die sich für die Interessen der Industrie einsetzt. Er stimmte für das Raketenabwehrsystem und gegen alle Einschränkungen des Militärbudgets für den Irak-Krieg und seine bedingungslose Weiterfinanzierung wie auch gegen alle Versuche seiner Fraktionskollegen, einen Zeitplan für den Abzug zu verlangen. Ebenso stimmte er gegen alle Vorlagen seiner Fraktion, die die Bush-Regierung hindern sollten, einen Krieg gegen Iran zu beginnen. Emanuels Vater war Mitglied der zionistischen Terrorgruppe Irgun, die in den 1940-er Jahren an der Massenvertreibung der Palästinenser mitwirkte, er selbst ist gleichzeitig Staatsbürger der USA und Israels und diente als Freiwilliger in ziviler Funktion in der israelischen Armee. Die israelische Invasion Libanons 2006 unterstützte er.

Das Außenministerium hat Obama seiner früheren Konkurrentin Hillary Clinton angeboten, die als Senatorin für den Irak-Krieg gestimmt hatte. Außerdem wird er den Bush-Verteidigungsminister Robert Gates behalten, der den Plan eines Abzugs der Mehrheit der US-Truppen innerhalb sechzehn Monaten aus dem Irak wahrscheinlich stornieren möchte.

Auch in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es bei weitem nicht klar, dass Obama versuchen wird, die Hoffnungen seiner Wähler zu verwirklichen. Bei der Vorwahlkampagne kam die erste Finanzierung durch unzählige kleine Spenden, die übers Internet eingeworben wurden. Später hat Obama größere Spenden von Konzernen und Reichen geworben. Laut „Public Citizen“, einem angesehenen Verbraucher-Interessenband, hat die Wall Street einen überproportionalen Einfluss auf Obama gewonnen, weil die MitarbeiterInnen der Finanzindustrie viel Geld an die Obama-Kampagne gespendet haben: 12,7 Millionen US-Dollar im Vergleich zu den 8 Millionen Dollar, die sie an McCain gegeben haben. Allein die MitarbeiterInnen der Privatbank Goldman Sachs, haben für Obama 874.207 Dollar gespendet, mehr als die MitarbeiterInnen aller anderen Organisationen in den USA (außer die Universität von Kalifornien).

Zur Finanzkrise sagte Obama im CBS-Interview am 16. November: „Die Antwort ist nicht plumpe Regulierung, die den unternehmerischen Geist und die Risikobereitschaft des amerikanischen Kapitalismus erdrückt. Das sind doch die Eigenschaften, die unsere Wirtschaft mächtig gemacht haben. Wir müssen vielmehr versuchen, einen Sinn für Gleichgewicht wieder herzustellen.“

So sehr wir FriedensaktivistInnen uns über diese Entwicklungen empören und jetzt durch Briefkampagnen und dergleichen versuchen, die Entscheidungen von Obama und seinem Stab zu beeinflussen, müssen wir auch selbstkritisch feststellen: Wir haben ein „großes Loch“ in den Diskussionen zu Krieg und Frieden gelassen und keine Bewegung aufgebaut, die die Bevölkerung auf diese Entwicklungen vorbereitet hat. In den USA lag der Fokus der Friedensbewegung bis vor kurzem fast ausschließlich auf dem Irak-Krieg. Das Feld des gesamten übrigen Nahen- und Mittleren Ostens haben wir für die Kriegsmacher relativ frei gelassen, haben nicht aufgeklärt, warum der Krieg in Afghanistan, die einseitige Unterstützung für Israel, der Druck auf Iran falsch und unmoralisch sind. Wir haben nicht systematisch genug den „Krieg gegen den Terror“ und die ganze imperialistische Politik kritisiert und unsere Bewegung dagegen aufgebaut. Es kann nicht erwartet werden, dass ein US-Präsident diese von mächtigen Interessen getriebenen Kriege stoppen wird, wenn es nicht einmal eine Basisbewegung dagegen gibt.

Auch in Europa kann man die Friedensbewegungen kritisieren: Die Einstellung, dass die einzige Pflicht der Europäer ist, ihre eigenen Truppen aus den Kriegsgebieten abzuziehen, während die Nutzung von europäischem Territorium für die US-Kriege und -Verbrechen fast stillschweigend geduldet wird, die Idee, die US-Friedensbewegung solle den Irak-Krieg stoppen, wäh-

rend die Europäer sich nur auf Afghanistan konzentrieren, führt zu einer Verblendung der Bevölkerungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Es gilt jetzt, eine wirkliche internationale Friedensbewegung mit einer gemeinsamen Analyse, Strategie und Taktik aufzubauen, eine Bewegung die nicht überrascht ist, wenn die Kriegsschauplätze wechseln. Die neue Anti-Nato-Kampagne anlässlich des 60. Geburtstages dieses Kriegsbündnisses im kommenden April ist in dieser Hinsicht ein positiver Schritt.

An dem Morgen, als ich Obamas Rede in Chicago nach dem Wahlsieg in Berlin im Fernsehen erlebte, hatte ich viele Flashbacks. Ich erinnerte mich an 1960, kurz bevor Obama geboren wurde, als ich mit anderen SchülerInnen in Woolworths Lunch Counter in Denver ein „Sit-In“ organisierte, um dabei mitzuhelfen, dass Schwarze im Süden bei Woolworths essen dürfen. Ich erinnerte mich an Martin Luther Kings große „I have a dream“-Rede 1963 in Washington. Damals war Obama etwa zwei Jahre alt, und Schwarze durften in der Hälfte der US-Bundestaaten nicht zur Wahlurne gehen. Präsident Lyndon B. Johnson hat dann 1964 die Bürgerrechtsgesetze durchgesetzt und eine Reihe von sozialen Programmen beim „Krieg gegen die Armut.“ Aber: Dieser letzte demokratische Präsidentschaftskandidat, der im Wahlkampf 1964 eine ähnlich breite Popularität wie nun Obama genoss, wollte auch einen weiteren Krieg führen in Vietnam, verprach „both guns and butter“ („sowohl Gewehre wie auch Butter“). Die enttäuschten Hoffnungen, als durch die Reformen weder Rassismus noch Armut überwunden wurden, führten schon 1965 zu den großen Krawallen im Ghetto von Watts in Los Angeles. In den nächsten Jahren wurden die Ausrufe immer lauter „Hey, hey LBJ, how many kids did you kill today?“ („Hey, hey, LBJ [Lyndon B. Johnson], wie viele Kinder hast du heute getötet?“). Die Proteste 1968 in Chicago beim nächsten Parteitag der Demokraten sind noch heute legendär.

In den 1960-er Jahren wuchs die Wut in den schwarzen Gemeinden so sehr, dass viele sich gegen Martin Luther King gewandt haben, der ja erst kurz vor seiner Ermordung 1968 den Vietnam-Krieg öffentlich kritisierte. Viele wurden Anhänger der militanten Black-Panther-Partei, der GI-Bewegung und von Malcolm X, der aus Protest gegen die US-Gesellschaft zum Islam konvertierte. Malcolm X sprach vom Konflikt in der Sklavenzeit zwischen dem „Feld-Nigger“ („field nigger“) und dem „Haus-Nigger“ („house nigger“), der die Befehle der Plantagenherren an die restlichen Sklaven weitergab und dafür Privilege bekam. Diesen Vergleich hat al-Qaida neulich in einem Video gegen Obama benutzt, worin sie Malcolm X verherrlichte. Martin Luther King, Malcolm X und viele der Führer der Black-Panther-Partei sind umgebracht worden.

Es kündigt sich bereits an, dass dann, wenn die Hoffnungen, die Obamas Wahlsieg geweckt hat, zu sehr entäuscht werden, die Wut zum starken Thema der US-Politik wird. Einige der Veteranen der Kriege in Irak und in Afghanistan sind durch Obamas Politik schon vor dem Wahl so entäuscht gewesen, dass sie dazu gerufen haben, für die Präsidentsschaftskandidaten der kleineren Parteien wie Cynthia McKinney, Ralph Nader oder Ron Paul zu stimmen. *(Siehe www.youtube.com/watch?v=teUrxmWpUjE)*

Trotz vieler fragwürdiger Aussagen und Entscheidungen von Obama wäre es aber voreilig zu sagen, dass er nur ein „Haus-Sklave“ ist. Obama hat die Wahl auf neue Weise mit Hilfe einer relativ unabhängigen Basisorganisation der Friedens- und sozialen Bewegungen gewonnen; es gibt Planungen, diese Basis als eine Ressource außerhalb der traditionellen Struktur der Demokratischen Partei weiter zu entwickeln und zu pflegen, damit der öffentliche Druck für „Change“ nicht nachlässt. Zwar brauchen Präsidentschaftskandidaten in den USA das Geld und die Unterstützung einer der beiden großen Parteien, um überhaupt die teure Wahlkampagnen durchzuziehen. Nach der Wahl unterliegen sie jedoch – beispielsweise im Vergleich zu einer deutschen Bundeskanzlerin – relativ wenig einer Parteidisziplin.

Außerdem ist das US-Militär keine Parlamentsarmee, sie untersteht direkt dem Präsidenten als „Commander in Chief“. Ein Präsidentschaftskandidat kann sich für Frieden aussprechen, aber später Krieg führen; George W. Bush hat z.B. während des Wahlkampfs 2000 immer wieder gesagt, dass sich in seiner Regierungszeit die USA nicht übermäßig in die Angelegenheiten anderer Nationen einmischen würden („Ich denke nicht, dass unsere Truppen dafür eingesetzt werden sollen, was Nation-building genannt wird.“). Ginge es nicht auch umgekehrt, dass ein Präsident im Amt das Versprechen, Kriege zu führen, nicht einhält? Die Macht dazu hätte er.

Wir geben Obama die beste Chance, sich doch als Friedenspräsident zu entwickeln, wenn wir jetzt schon so weit wie möglich – und zwar weltweit – den öffentlichen Druck erhöhen, die Kriegspolitik zu beenden. Wir dürfen nicht ruhen, sondern müssen stärker als die Rechten zu Wort kommen, weil diese sicherlich versuchen werden, so viel Druck wie nur möglich auf Obama auszuüben. Dabei sollten wir es vermeiden, schon jetzt zu viel Zynismus zu zeigen, wodurch wir uns eventuell gegenüber den Hoffenden schnell isolieren könnten. Wir müssen auf gerade diese Hoffnungen bauen, sie erweitern, und mindestens für einige Zeit „im guten Glauben“ verlangen, dass sie erfüllt werden.

Elsa Rassbach ist DFG-VK-Mitglied und seit Jahrzehnten friedenspolitisch aktiv. Die Filmemacherin ist US-Amerikanerin und lebt seit 1996 in Berlin, nachdem sie bereits in den 1960-er Jahren dort studiert hatte. Ihr preisgekrönter historischer Spielfilm „The Killing Floor“ (1984) über Arbeiterbewegung und Rassenkämpfe in den Schlachthöfen Chicagos wird im nächsten Jahr wieder veröffentlicht.

Projekt Frieden

Wie sich Kinder und Jugendliche aktiv für Frieden und Menschenrechte einsetzen können/Von Stephan Möhrle und Jürgen Grässlin

Wer die Fernsehnachrichten anschaut, wird in selektiv ausgewählten Fernsehbildern mit einem Ausschnitt aus der Wirklichkeit konfrontiert. Zurzeit toben weltweit mehr als 40 Kriege und Bürgerkriege, tagtäglich sterben unschuldige Menschen, allen voran Kinder und Frauen. Millionen Menschen müssen ihr Heimatland verlassen, die meisten von ihnen fliehen in die Nachbarländer. Durch kriegerische Auseinandersetzungen werden ganze Landstriche verwüstet und, beispielsweise mit Landminen, unbewohnbar gemacht.

Menschenrechte werden in Kriegen und Bürgerkriegen mit Waffengewalt unterdrückt, Mädchen und Frauen werden von Soldaten systematisch vergewaltigt. Weltweit gibt es heute rund 300.000 Kindersoldaten, vor allem Jungen werden zum Krieg an der Waffe gezwungen. Kinderrechte, wie der Schutz vor körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt und das Recht auf Bildung, werden in Diktaturen und Scheindemokratien aufs Schlimmste verletzt.

Soldaten schießen mit so genannten „Kleinwaffen“: Revolver, Maschinenpistolen, Sturmgewehre. Durch Gewehrkugeln sterben zwei von drei Kriegsopfern. Als einer der größten Rüstungsexporteure profitiert die Bundesrepublik Deutschland von Kriegen. Ausgerüstet mit deutschen Gewehren kämpfen Soldaten auf den Schlachtfeldern in aller Welt. Deutschland produziert und exportiert Waffen, das schafft Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie und steigert die Profite der Waffenfirmen. Mit ihren Waffen werden aber auch Menschen in aller Welt getötet – wie gesagt: allen voran Kinder und Frauen.

Außenpolitik wird heute wieder mit militärischen Mitteln betrieben. Deutsche Soldaten befinden sich im Krisen- und Kriegseinsatz in Afghanistan und in vielen weiteren Staaten. Vergessen scheinen die schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, vorbei die Zeiten militärischer Zurückhaltung. Längst ist die Bundeswehr wieder Kriegspartei, wie der Krieg in Afghanistan belegt. Die ersten Bundeswehrsoldaten sind tot aus den Kriegseinsätzen zurückgekehrt, viele weitere werden folgen.

Dürfen Kinder und Jugendliche sich mit Themen wie diesen beschäftigen? Manche Erwachsene sagen nein. Sie behaupten: „Das Geschehen in Kriegen und Bürgerkriegen geht Kinder und Jugendliche nichts an. Sie sind zu jung, um den Schrecken des Krieges ins Gesicht zu sehen. Kinder und Jugendliche brauchen Schutzräume, sie müssen möglichst lange behütet aufwachsen.“ So und so ähnlich argumentieren diejenigen, die die unangenehmen Tatsachen lieber verdrängen.

Wir sehen das anders. Wir wissen, dass die heutige Generation von Kindern und Jugendlichen politisch interessiert ist (wenn auch kaum an Parteipolitik). Wir wissen, dass Kriege keine Angelegenheit von Erwachsenen alleine sind. Schlimmer noch: Kriege werden von Erwachsenen gemacht, ihre Opfer sind zumeist Kinder und Jugendliche in anderen Ländern.

Aber auch bei uns gibt es Formen gewaltsamer Konfliktaustragung. Studien belegen, dass die Gewalt in Schulen zunimmt. Die Gründe dafür sind vielfältig, einer davon ist das Freizeitverhalten mit gewaltverherrlichenden Computerspielen (den so genannten „Killerspielen“).

Über Gespräche im Familien und im Freundeskreis, über Killerspiele, über das Anschauen von Kriegs- und Antikriegsfilmen im Kino, über die vielzähligen Fernsehberichte und die tagtäglichen Nachrichtensendungen werden Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen mit brennenden Fragen unserer Zeit konfrontiert: Welche Folgen hat das regelmäßige Spielen von Killerspielen? Wann wird aus dem künstlichen (virtuellen) Spiel, wirkliche (reale) Gewalt? Warum gibt es Krieg? Aus welchen Gründen und mit welchen Interessen werden Kriege geführt? Wer profitiert von den Rüstungsexporten? Wer sind die Opfer?

Diese allgemeinen Fragestellungen führen uns zu Fragen, die sich gerade Kinder und Jugendliche besonders intensiv stellen: Wie kann ich meine Freizeit sinnvoll gestalten? Was kann ich gegen Krieg und Menschenrechtsverletzungen tun? Melde ich mich später bei der Bundeswehr zum Dienst an der Waffe? Oder verweigere ich den Kriegsdienst und leiste Zivildienst in einem Krankenhaus oder Pflegeheim? Wie kann ich mich aktiv für Frieden und Menschenrechte einsetzen?

Um Hilfestellung bei der Suche nach Antworten zu geben, stellen wir mit dem *Projekt Frieden (PROFRI)* allen Interessierten Informationen und Projektmappen mit Unterrichtsvorlagen, Film- und Buchtipps zur Verfügung. Diese sollen Schulklassen, der Schülermitverantwortung (SMV) oder Jugendgruppen helfen, sich im Unterricht, bei SMV-Thementagen oder in der Projektarbeit intensiv mit den Fragen von Krieg und Frieden auseinanderzusetzen. Kinder und Jugendliche sollen diskutieren und sich ihre eigene Meinung bilden. Und sie sollen erfahren, wie sie sich in ihrem Sinne aktiv für Frieden und Menschenrechte einsetzen können. Dabei ist es hilfreich, Menschen kennen zu lernen,

die sich in ihrem Leben vorbildlich als FriedenstifterInnen eingesetzt haben.

Das *Projekt Frieden* will der Unkultur des Krieges die Bildungskultur des Friedens entgegensetzen. Begonnen haben wir damit in einer Klasse der Lessing-Realschule Freiburg mit dem Planspiel „Sollen Killerspiele verboten werden?“ Daraus entstanden ist inzwischen die erste Projekteinheit *(PROFRI-PE-01)* „Krieg in Kinderköpfen. Von virtuellen Welten zur realen Gewalt“. Sie beschäftigt sich intensiv mit der Frage, welche Folgen das Spielen gewaltverherrlichender Computerspiele („Killerspiele“) für Jugendliche haben und wie es zu Amokläufen kommen kann. Und wir suchen nach sinnvollen Alternativen des Freizeitverhaltens.

Das Planspiel haben wir mittlerweile mit viel Zuspruch in verschiedenen Klassen unterrichtet, unseren Vortrag „Krieg in Kinderköpfen“ wiederholt bei SMV-Thementagen vor SchülersprecherInnen einer Vielzahl von Schulen gehalten. Erfreulicherweise haben viele Klassen- und SchülersprecherInnen sowie LehrerInnen daraufhin die Projekteinheit angefordert und selbst im Unterricht behandelt.

Fotos: Jürgen Grösslin

Die zahlreichen Rückmeldungen und Nachfragen bezüglich der *PE-01* und die weit darüber hinausreichenden Bitten um Unterstützung zeigen uns, dass ein breites Interesse an Unterrichts- und Projekteinheiten zu Fragestellungen von Gewalt und Vermeidungs- und Lösungsstrategien, von Krieg und Frieden, von Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit besteht. Uns haben vielen positiven Rückmeldungen den Impuls zu weiter reichenden konzeptionellen Gedanken gegeben.

Mit dem *Projekt Frieden* starten wir deshalb eine Reihe konkreter Projekteinheiten, mit der die Nachfrage nach Vorlagen für die oben genannten Themenbereiche ausgefüllt werden soll. Die Lehr- und Bildungspläne der einzelnen Bundesländer erlauben durchaus, diesen Fragestellungen im Unterricht deutlich mehr Platz einzuräumen.

Stephan Möhrle ist Schülersprecher am Walter-Eucken-Gymnasium Freiburg, Vorstandsmitglied in der DFG-VK-Gruppe Freiburg und Vorstandsmitglied im RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.); Kontakt: StephanMoehrle@gmx.net. Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK und Vorsitzender des RIB; er hat eine Vielzahl von Büchern zu friedenspolitischen Themen verfasst; Kontakt: j.graesslin@gmx.de

Die *Projekt Frieden*-Einheiten

PROFRI-PE-01
Krieg in Kinderköpfen. Sollen Killerspiele verboten werden? Themenschwerpunkte: Schulmassaker (Amokläufe). Planspiel zu gewaltverherrlichenden Computerspielen und sinnvollen Alternativen. Erscheinungsjahr: 2008. Die PE liegt vor und kann angefordert werden. Altersempfehlung: ab 13 Jahren

PROFRI-PE-02
„Versteck dich, wenn sie schießen“. Wie Menschenrechte gesichert und Rüstungsexporte verhindert werden können. Themenschwerpunkte: Menschenrechtsverletzungen mit deutschen Waffen: Einsatz gegen Rüstungsexporte; Behandlung anhand des gleichnamigen Buches und des Films „Das G3 im Visier“; deutsche Rüstungsexportpolitik, „Waldkircher Erklärung“. Erscheinungsjahr: 2009; Altersempfehlung: ab 14 Jahren

PROFRI-PE-03
Die Balaghel-Friedensschule. Warum Kinder in Afghanistan Bildung brauchen, und was wir dafür tun können. Themenschwerpunkte: Schüler bauen Schulen. Bildung für Kinder und Jugendliche in Krisen- und Kriegsgebieten. Erscheinungsjahr: 2009; Altersempfehlung: ab 10 Jahren

PROFRI-PE-04
Friedensstifter. Was wir von ihnen lernen und wie wir uns aktiv für Frieden und Menschenrechte einsetzen können. Themenschwerpunkt: Vorbildliche Menschen, die für eine friedlichere und gerechtere Welt eintreten; exemplarische Behandlung des biografischen Films „Gandhi“. Erscheinungsjahr: 2009; Altersempfehlung: ab 12 Jahren

PROFRI-PE-05
„Rückkehr ins Leben. Ich war Kindersoldat“. Wie der Kindersoldat Ishmael Beah zum Unicef-Anwalt für vom Krieg betroffene Kinder wurde, und wie wir helfen können. Themenschwerpunkte: Kindersoldaten, Kinderrechte, Kinderhilfsorganisationen; Behandlung anhand des gleichnamigen Buches von Ishmael Beah. Erscheinungsjahr: 2010; Altersempfehlung: ab 14 Jahren

PROFRI-PE-06
„Johnny zieht in den Krieg“. Warum es so wichtig ist, sich rechtzeitig die Gefahren des Soldatentums bewusst zu machen und sich für friedliche Konfliktlösungen einzusetzen. Themenschwerpunkte: Erster Weltkrieg, Kriegsopfer, Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung; Behandlung anhand des gleichnamigen Buches und Filmes von Dalton Trumbo; Erscheinungsjahr: 2010; Altersempfehlung: ab 16 Jahren

PROFRI-PE-07
„Imagine“. Warum der Träumer John Lennon recht hatte und Frieden keine Vision bleiben muss. Themenschwerpunkte: Zukunftswerkstatt Frieden; Schritte zur Abrüstung auf dem Weg zur Konkreten Utopie einer Welt ohne Waffen und Militär. Erscheinungsjahr: 2010; Altersempfehlung: ohne Altersbegrenzung

Die PROFRI-Projekteinheiten werden in Kooperation der DFG-VK und des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.) entwickelt und Interessierten auf den Websites beider Friedensorganisationen (siehe *www.dfg-vk.de* und *www.rib-ev.de*) zur Verfügung gestellt. Nach Absprache und in dem uns möglichen zeitlichen Rahmen führen wir auch Schulbesuche und Vortragsveranstaltungen zu den veröffentlichten Projekteinheiten durch.

Jürgen Grässlin und Stephan Möhrle

Ehrenliste der Gefangenen

Armenien

Aram Davtyan (3.7.06 – 2.1.09)
Hayk Avetisyan (17.7.06 – 16.1.09)
Gor Sukiasyan (22.8.06 – 21.2.09)
Mushegh Avetisyan (30.8.06 – 28.2.09)
Jirayr Zakaryan (2.9.06 – 1.3.09)
Nikol Yervandyan (6.9.06 – 5.3.09)
Vahe Mejlumyan (6.9.06 – 5.9.09)
Argishti Eghiazaryan (11.9.06 – 10.3.09)
Artak Kocharyan (12.9.06 – 11.3.09)
Vahagn Yeghiazaryan (20.9.06 – 19.3.09)
Nikolay Gasparyan (25.9.06 – 24.9.09)
Vahe Musaelyan (28.11.06 – 27.5.09)
Karapet Barseghyan (7.2.07 – 6.8.09)
Senik Harutyunyan (15.2.07 – 14.8.09)
Armen Zurabyan (27.2.07 – 26.2.10)
Gevorg Hovsepyan (3.3.07 – 2.9.09)
Sevada Grigoryan (12.3.07 – 11.3.09)
Bagrat Pirgulyan (15.3.07 – 14.5.09)
Karen Safaryan (15.3.07 – 14.9.09)
Vigen Yegiazaryan (15.3.07 – 14.6.09)
Hakob Babayan (16.3.07 – 15.6.09)
Vahan Babayan (16.3.07 – 15.9.09)
Kajik Harutyunyan (18.3.07 – 17.9.09)
Nshan Gevorgyan (17.7.07 – 16.7.10)
David Aroyan (3.8.07 – 2.2.10)
Edgar Hakobyan (7.8.07 – 6.8.09)
Andranik Aghekyan (8.8.07 – 7.2.10)
Ashot Qaryan (9.8.07 – 8.10.09)
Hayk Madatyan (11.8.07 – 10.8.10)
Karen Smbatyan (14.8.07 – 13.6.09)
Arman Ayvazyan (14.8.07 – 13.8.09)
Henrik Ghazaryan (23.8.07 – 22.8.09)
Levon Azizyan (23.8.07 – 22.8.09)
Argam Vardanyan (29.8.07 – 28.8.09)
Gor Kirakosyan (21.9.07 – 20.3.10)
Mkrtich Smbatyan (26.9.07 – 25.7.09)
Stepan Hovakimyan (26.9.07 – 25.3.10)
Babken Shahinyah (5.12.07 – 4.6.10)
Garik Gevorgyan (25.12.07 – 24.6.10)
Samson Indzigulyan (25.12.07 – 24.6.10)
Harutyun Vardazaryan (9.1.08 – 8.7.10)
Hrayr Mkrtchyan (14.1.08 – 13.7.10)
Hovhannes Arakelyan (18.1.08 – 17.1.10)
Araz Arshakyan (5.2.08 – 4.8.10)
Hamayak Eminyan (6.2.08 – 5.5.10)
David Petrosyan (7.2.08 – 6.8.10)
Martun Hovsepyan (7.2.08 – 6.8.10)
Zirayr Karyan (6.3.08 – 5.9.10)
Arman Kareyan (7.3.08 – 6.9.10)
Hovik Stepanyan (31.3.08 – 30.3.10)
Karo Aleksanyan (4.4.08 – 3.4.10)
David Arakelyan (7.4.08 – 6.4.09)
Vahe Ananyan (8.4.08 – 7.4.10)
Karen Voskanyan (11.4.08 – 10.10.10)
Erebuni Penal Institutions, Armenia
Zeugen Jehovahs und KDVer. Verurteilt wegen Verweigerung des Militärdienstes (Art. 327, para I)

Taron Lalayan (25.9.06 – 24.3.09)
Hovhannes Khachatryan (22.11.06 – 21.11.09)
Gagik Qochinyan (5.12.06 – 4.6.09)
Albert Balyan (13.12.06 – 12.6.09)
Emil Hyrapetyan (21.12.06 – 20.12.08)
Yerem Hovhannisyan (10.1.07 – 9.1.10)
Sayad Tovmasyan (10.1.07 – 9.1.10)
Aram Yelchyan (13.2.07 – 12.8.09)
Gevorg Karapetyan (5.5.07 –4.10.09)
Armen Kirakosyan (18.4.07 – 17.10.09)
Zora Melkonyan (13.8.07 – 12.2.10)
Roman Hovhannisyan (17.12.07 – 16.6.10)
Armen Mardoyan (5.2.08 – 4.8.10)
Ashot Simonyan (12.3.08 – 11.3.11)
Artik Penal Institution, Armenia
Zeugen Jehovahs und KDVer. Verurteilt wegen Verweigerung des Militärdienstes (Art. 327, para I)

Hrachya Khachatryan (8.12.06 – 7.6.09)
Vanadzor Institution, Armenia
Zeuge Jehovahs und KDVer. Verurteilt wegen Verweigerung des Militärdienstes (Art. 327, para I)

Vahram Baghramyan (3.6.08 – 2.12.10)
Gevorg Danughyan (8.8.08 – 7.8.10)
Tigran Melikyan (30.7.08 – ?)
Nubarashen Pretrial Detention Institution, Armenia
Zeugen Jehovahs und KDVer. Verurteilt wegen Verweigerung des Militärdienstes (Art. 327, para I)

Eritrea

Paulos Eyassu (24.9.1994 – ?)
Negede Teklemariam (24.9.1994 – ?)
Isaac Mogos (24.9.1994 – ?)
Aron Abraha (9 May 2001 – ?)
Mussie Fessehaye (1.6.03 – ?)
Ambakom Tsegezab (1.2.04 – ?)
Bemnet Fessehaye (1.2.05 – ?)
Henok Ghebru (1.2.05 – ?)
Kibreab Fessejaye (27.12.05 – ?)
Bereket Abraha Oqbagabir (1.1.06 – ?)
Yosief Fessehaye (1.1.07 – ?)
Amanuel Abraham (1.1.07 – ?)
Sawa Camp, Sawa, Eritrea
Zeugen Jehovahs und KDVer. Inhaftiert wegen Verweigerung des Militärdienstes.

Finnland

Sebastian Salminen (6.10.08 – 4.4.09)
Ylitornion vankila, Rajantie 410, 95600 Ylitornio, Finland
Verurteilt zu 181 Tagen wegen totaler KDV.
Juhana Hirvonen (9.10.08 – 8.4.09)
Helsingin avovankila, Vantaan osasto, PL 36, 01531 Vantaa, Finland
Verurteilt zu 179 Tagen wegen totaler KDV.
Niki Paajala (11.8.08 – 11.2.09)
Helsingin avovankila, Vantaan osasto, PL 36, 01531 Vantaa, Finland
Verurteilt wegen totaler KDV.
Matti Petteri Pöntiö (11.11.08 – 6.1.09)
Helsingin avovankila
Vantaan osasto
PL 36, 01531 Vantaa

Nagorno Karabakh

Areg Avanesyan (16.2.05 – 14.2.09)
Shushi Penal Institution, Nagorno Karabakh
Zeuge Jehovahs und KDVer. Verurteilt zu 48 Monaten wegen Verweigerung des Militärdienstes (Art. 327, para I des Strafgesetzbuches der Republik Nagorno – Karabakh)

Prisoners for Peace Honour Roll 2008
Produced by War Resisters' International
5 Caledonian Rd, London N1 9DX, Britain
Tel +44-20-7278 4040, Fax 7278 0444
email info@wri-irg.org http://wri-irg.org

n für den Frieden

Russland

Igor Sutyagin (27.10.1999 – 26.10.14)
Arkhangelsk Punishment Colony 163050, Arkhangelsk, Ul. Pirosovaya, d. 27, FGU IK – 1, 5 otryad, Russian Federation
Seit dem 27.10.1999 inhaftiert, jetzt wegen Spionage verurteilt wegen der Recherche zu öffentlich zugänglichen Informationen zu Nuklearwaffen. Verurteilt am 7. April 2004.

Schweden

Per Strindlund (16.10.08 – ?)
Catherine Laska (16.10.08 – ?)
Häktet Örebro, Box 3, 70140 Örebro, Sweden
Abrüstungsaktion bei BAE Systems auf dem Bogors – Gelände in Karlskoga im Westen Schwedens am 16. Oktober 2008. Sie platzierten ein Schild „Die Fabrik produziert Waffen, die im Krieg eingesetzt werden – Abrüstung derzeit im Gange" und gingen dann ins Gelände, um eine Howitzer 77 mit einem Hammer abzurüsten. Dieses Waffensystem ist wegen eines Schmiergeldskandals in Bezug auf Exporte nach Indien in den 1980-er Jahren bekannt.

USA

Robin Long (6.9.08 – 14.9.09)
Miramar Naval Consolidated Brig, PO BOX 452136, San Diego **CA 92145** – 2136, USA
15 Monate Haft wegen unerlaubter Abwesenheit (AWOL)
Helen Woodson (03231 – 045) (9.1.03 – 9.9.11)
FMC Carswell, Max Unit, POB 7137, Ft. Worth, Texas 76127, USA
Antikriegsprotest am Bundesgericht in Kansas City, Missouri, am 11.03.04, Verletzung der Auflagen nach der Haftentlassung vom 9.3.04. Plädierte auf schuldig zur Verletzung der Auflagen und vier neuer Anklagen am 18.06.04.

Rafil Dhafir (11921 – 052) (26.4.00 – 26.4.22)
FCI Terre Haute, POB 33, Terre Haute, IN 47808, USA
Verurteilt wegen humanitärer und finanzieller Hilfe für Menschen im Irak in Verletzung der US-Sanktionen, Februar 2005.

Hinweise zum Verschicken von Karten oder Briefen

- Karten sollten immer im Umschlag verschickt werden.
- Gib deinen eigenen Namen und deine Anschrift mit an.
- Sei mitteilsam und kreativ: schicke Fotos aus deinem Leben
- Schreibe den Gefangenen, wie du dich gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen engagierst.
- Schreibe nichts, was der/dem Gefangenen Ärger einbringen könnte.
- Überlege, was du gerne erhalten würdest, wenn du im Gefängnis wärst.
- Erwarte nicht, dass der/die Gefangene antwortet.
- Falls deine Karte zurückgeschickt wird, schicke sie an die entsprechende Botschaft in deinem Land, mit der Bitte, sie an den Gefangenen weiterzuleiten.
- Denke daran - im nächsten Jahr könntest du eine/r von ihnen sein...

Unterstütze unsere Arbeit

Seit 50 Jahren veröffentlichen die War Resisters' International die Namen und Geschichten von Gefangenen aus Gewissengründen. Helft der WRI, diese Tradition fortzusetzen:

Gib eine besondere Spende für „Gefangene für den Frieden", um die Arbeit im nächsten Jahr zu ermöglichen.

Schicke deine Spende an:
Förderverein War Resisters' International e.V., Konto-Nr. 11787613, Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53.
Online-Spende unter http://wri-irg.org/de/donate-de.htm.

Kein Frieden mit der Nato!

Die Beteiligung der DFG-VK an den Protesten gegen den Nato-Geburtstag im April in Baden-Baden und Straßburg/Von Monty Schädel

Schon kurz nach der Festlegung des Jubiläums-Gipfels der Nato auf die Region des französischen Strasbourg mit einem Teil des Programms in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr auf der Nato-Konferenz in Bukarest haben Teile der deutschen und französischen Friedensbewegung nicht nur erklärt, gegen den Gipfel ihr demokratisches Recht auf Protest ausüben zu wollen, sondern auch mit den Vorbereitungen dazu begonnen. In den vergangenen Monaten nahmen die Planungen dann bereits konkretere Züge an. Sowohl in der deutschen und französischen wie auch in der internationalen Friedensbewegung bis in die USA finden mittlerweile konkrete Vorbereitungen statt.

In der Bundesrepublik haben sich bereits im September VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen und Strukturen zu spektrenübergreifenden gemeinsamen Protesten verabredet. Anfang Oktober kamen etwa 100 Aktive aus 16 europäischen Ländern und der USA in Stuttgart zusammen und bestätigten die gemeinsame Vorbereitung der Proteste. Schwerpunkte dieses gemeinsamen Protestes sollen Camps zur Unterkunft der demonstrierenden Menschen, eine internationale Demonstration, ein Friedenskongress/Gegengipfel und Aktionen des zivilen Ungehorsam sein.

Daneben wird es eine Vielzahl von Protesten und Veranstaltungen unterschiedlicher Art geben, die einzelne Organisationen oder Spektren organisieren, um speziell ihre Ziele und Inhalte zu transportieren.

Für die DFG-VK sollte der Protest Anlass sein, sich bundesweit in die Planungen des Protestes und die Diskussionen über die Rolle der Nato in der der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einzubringen. Ein Kriegsbündnis hat keine Berechtigung zu feiern und die einzige deutsche Friedensorganisation mit einen bundesweiten Netzt von Aktiven sollte dieses deutlich zum Ausdruck bringen. In der DFG-VK haben sich in den vergangenen Monaten deshalb mehrere Aktive an unterschiedlichen Stellen des Protestes eingebracht. Zur Koordinierung eines gemeinschaftlichen Auftretens und Agierens haben sie sich regelmäßig in Telefonkonferenzen getroffen und eine Mailingliste zur Verständigung über Entwicklungen und Absprachen eingerichtet. Planungen gehen u.a. dahin, sich aktiv am Friedenskongress zu beteiligen und eine DFG-VK-Friedensfahrt mit dem Fahrrad von Baden-Baden nach Strasbourg am 4. April zu organisieren. Weitere Interessierte, die sich an den Vorbereitungen der DFG-VK beteiligen wollen, sind herzlich willkommen.

Mit dem Nato-Jubiläumsgipfel bietet sich für die DFG-VK darüber hinaus die Chance, sich als Scharnier zwischen unterschiedlichen friedenspolitischen und antimilitaristischen Positionen des Widerstandes als Organisation der Vielfalt und der bundesweiten Präsenz zu präsentieren. Ist das Handeln der DFG-VK-Gliederungen und -Kampagnen nicht bereits jetzt überall ein Handeln gegen aktuelle Nato-Politik?

Kommen wir unserer Verantwortung als einer der größten Friedensorganisationen nach und leisten so unter günstigen Bedingungen auch noch etwas für steigende Mitgliederzahlen. Wer wenn nicht die Deutsche **Friedensgesellschaft** – Vereinigte **KriegsdienstgegnerInnen** sollte besser dafür geeignet sein, gegen einen Gipfel von Kriegstreibern zu mobilisieren und die Organisation maßgeblich mit zu bestimmen.

Unser tägliches DFG-VK-Handeln in den Dienst der Mobilisierung zum Nato-Gipfel zu stellen bedeutet also doppelten Gewinn:

Für die uns, da viele die DFG-VK als bundesweite friedenspolitische Kraft wahrnehmen können und weil unsere Inhalte breiter diskutieret sowie gestreut werden können, und

für die Mobilisierung, da wir mit der Verbindung unseres Engagements mit dem Nato-Gipfel Menschen über die Proteste und deren Notwendigkeit erreichen.

Neben diesem Engagement der Aktiven der DFG-VK wird aber auch dieser Protest wieder einen großen finanziellen Bedarf haben. Ein eigenständiges und unabhängiges Auftreten der DFG-VK in dem Gesamtprotest braucht auch die finanzielle Unterstützung möglichst vieler einzelner Menschen.

Wir bitten deshalb um zielgerichtete Spenden auf unser DFG-VK-Konto Nr. 8304601 bei der Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 37020500) mit dem Verwendungszweck „Anti-Nato 2009“.

Weitere Informationen: Unter *www.kein-frieden-mit-der-nato.de* haben wir auf der Internetseite der DFG-VK einen Sonderbereich zur Mobilisierung und Information zu den Nato-Protesten eingerichtet. Daneben gibt es eine zentrale Mobilisierungsseite des spektrenübergreifenden Vorbereitungskreises unter *www.no-to-nato.org.*

Ansprechpartner in der DFG-VK für die Protestaktionen sind Monty Schädel (Bundesgeschäftsführer; eMail schaedel@dfg-vk.de, Telefon 0177-8871014) und Roland Blach (baden-württembergischer Landesgeschäftsführer; eMail bawue@dfg-vk.de, Telefon 0711-2155112)

Monty Schädel ist DFG-VK-Bundesgeschäftsführer.

Aufruf: Nein zum Krieg! Nein zur Nato!

Sie reden von „Sicherheit“ und „Humanität“, doch ihre Politik hat Krieg, Folter und globale Militarisierung zur Folge. Anfang April 2009 will die Nato in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das wie das bisherige der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe, einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland sowie des steigenden Selbstbewusstseins in Regionen wie z.B. Lateinamerika wächst die Bedeutung dieser Strategie. Die Nato schließt dabei weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. In der Bundesrepublik lagern US-Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel.

Die Nato-Staaten verantworten rund 75 Prozent der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Milliarden Euro für Rüstung aus. Lediglich 10 Prozent davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Das würde in der Tat mehr „Sicherheit“ und „Humanität“ bedeuten. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die Vorherrschaft in der Welt zu sichern.

Der völkerrechtswidrige Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, die nun erfolgte staatliche Anerkennung des Kosovo und die Nato-Ost-Erweiterung führten und führen zu globalen Spannungen und zur Destabilisierung in Europa. Russland, das sich von der sich immer näher an seine Grenzen vorschiebenden Allianz zunehmend bedroht fühlt, folgt mit seiner Politik in Georgien der fatalen Nato-Logik. Diese Konfrontationslogik droht erneut in einen Kalten Krieg zwischen Russland sowie China und dem Westen zu führen. Die Militarisierung der Europäischen Union ist keine Alternative zur Nato, sondern ebenfalls ein gefährlicher Irrweg.

Nato-Staaten, allen voran die USA, führen weiterhin Krieg im Irak. Deutschland ist mit der US-Airbase in Ramstein die logistische Drehscheibe des Einsatzes. Die weltweiten Kriege, die Folgen des Klimawandels und eine zunehmende Verarmung führen zu immer größeren Flüchtlingsströmen. Die Antwort der Nato-Staaten und der EU ist eine Abschottungspolitik, die den Tod vieler Flüchtlinge, darunter auch Deserteure, in Kauf nimmt. Im Inneren wird diese Politik flankiert durch die Verabschiedung diskriminierender AusländerInnengesetze und Abschiebungen. Flucht und Emigration sind Folgen von Krieg, Besatzung, Elend, Hunger, Folter, Umweltzerstörung. Diese Ursachen müssen bekämpft werden, nicht deren Opfer.

In Afghanistan geht die Allianz immer aggressiver und rücksichtsloser vor. Hier zeigt sich auch immer deutlicher, was Besatzungstruppen bewirken: Sie brutalisieren die Gesellschaft, schaffen mehr Elend und mehr Bombentote. Es ist davon auszugehen, dass auch unter dem neuen US-Präsidenten der Druck auf Deutschland erhöht wird, noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Im Namen der Sicherheit und des „Krieges gegen den Terror“ werden immer mehr Soldaten zu Opfern, viele kehren traumatisiert zurück.

Der „Krieg gegen den Terror“ wird aber nicht nur in Afghanistan geführt, sondern auch zu Hause. Kriege in aller Welt gehen mit einem ständigen Demokratieabbau im Inneren und einer fortschreitenden Aushöhlung des Grundgesetzes einher. Mit so genannten „Sicherheitsgesetzen“ werden Grundrechte ausgehebelt und Vorratsdatenspeicherung, Ausspionieren privater PCs und eine allgegenwärtige Überwachung „legalisiert“. Grundgesetzwidrige Einsätze der Bundeswehr im Inneren wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm sollen zur Normalität werden. Gleichzeitig wird die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inland verstärkt. Die Bundeswehr versucht, sich allen zivilen Bereichen der Gesellschaft, Institutionen, Organisationen und Vereinen aufzudrängen und militärisches Denken zu verankern. Öffentliche Gelöbnisse, Militärkonzerte, Rekrutierungsversuche in den Arbeitsämtern, Schulbesuche und Zusammenarbeit mit Vereinen und Kommunen sollen das Kriegshandwerk wieder als Normalität erscheinen lassen.

Wir können und dürfen die Augen vor den verheerenden Folgen dieser Politik nicht verschließen. Sie steht für die Enttabuisierung des Militärischen in unserer Gesellschaft. Sie steht für Krieg, Verschleuderung von Ressourcen, Sozialabbau und steigende Rüstungsetats. Sie steht für eine aggressive Ideologie der Feindbilder und eine Einschränkung von Freiheitsrechten.

Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der Nato, ein Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt. Die Nato will genau das Gegenteil.

Daher rufen wir zu gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen den Nato-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden auf. Mit Demonstrationen, Konferenzen, Camps, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – wie Umzingelungen, Blockaden usw. – wollen wir ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der Nato setzen.

Eine Welt ohne Nato ist nötig! ZC

Termine für den Nato-Protest

06.-08.02. Friedenskonferenz und andere Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München
14./15.02. Internationale Aktionskonferenz in Strasbourg
20./21.02. Jahrestagung der Kooperation für den Frieden in Bremen
01.04. Eröffnung der Camps in der Protestregion
02./03.04. Friedenskonferenz/ Gegengipfel
03.04. Aktionen des zivilen Ungehorsams in Baden-Baden
04.04. Friedensfahrt der DFG-VK von Baden-Baden nach Strasbourg
04.04. Internationale Demonstration in Strasbourg

Was kann, was will, was soll die Plattform „Schritte zur Abrüstung“?

Reflexionen über den „Schritte“-Workshop in Kassel/Von Florian Wieckert

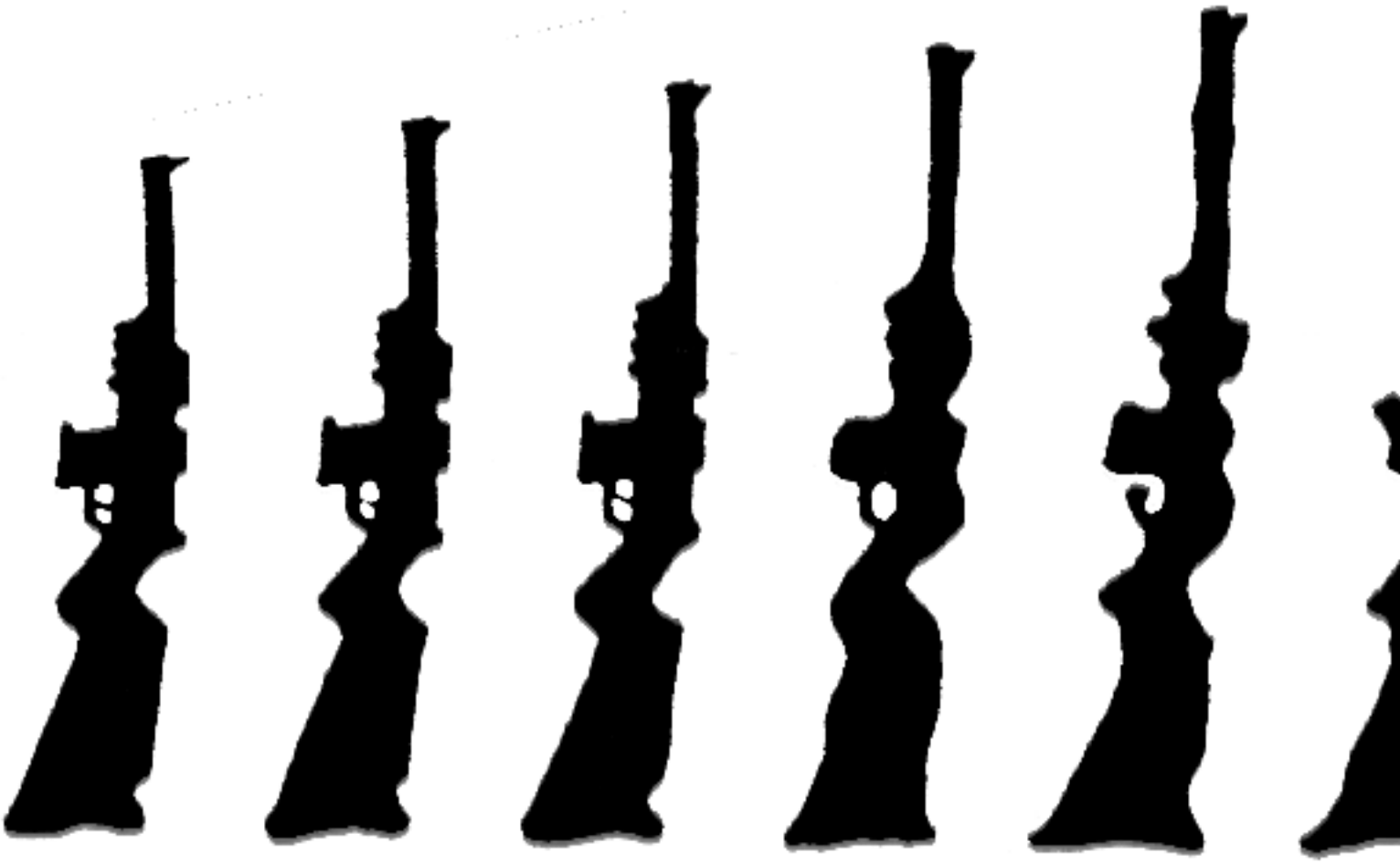
Wer von außen oder aber als passives oder – wie der Autor dieser Zeilen – relativ neues DFG-VK-Mitglied erstmals auf die „Schritte zur Abrüstung“ stößt, sieht sich mit einem Phantom konfrontiert: Was sind die „Schritte zur Abrüstung“ eigentlich? Was wird unter ihnen subsumiert? In welchem Verhältnis stehen sie zur DFG-VK?

Vor etwa acht Jahren entstand die Idee, dass die DFG-VK eine zentrale Kampagne benötige, um militärische Mittel und Kriegspolitik grundsätzlich in Frage stellen und zivile Perspektiven entwickeln und vermitteln zu können, zumal die in den 1990-er Jahren dominierenden kurzfristigen Aktionen weitgehend wirkungslos geblieben waren. Die Kampagnen-Aktiven einigten sich auf sieben zu kommunizierende Kernforderungen: (1) Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, (2) Deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und Abschaffung der Wehrpflicht, (3) Abzug aller Atomwaffen aus der BRD, (4) Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich, (5) Stopp aller Rüstungsexporte, (6) Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Millionen Euro jährlich und (7) Entmilitarisierung der Europäischen Union.

Der Workshop „Schritte zur Abrüstung: Mitstreiter aktivieren, Mitglieder gewinnen“ am 25./26. Oktober in Kassel gab nun Gelegenheit zum Rück- und Ausblick.

Seit 2003 konnte die Schritte-Kampagne eine erhebliche Wirkung entfalten: Bis heute fanden in ihrem Rahmen bundesweit 44 Aktionen statt (Versand u.a. von Protestmails, aber auch öffentlichkeitswirksame Straßenaktionen und Fahrradtouren) und wurden 13 Faltblätter zu Schwerpunktthemen mit einer Auflage von fast 250.000 Stück erarbeitet. Derzeit erhalten 2.300 Personen und Gruppen den „Schritte“-Newsletter direkt; die beiden Homepages „schritte-zur-abruestung.de“ sowie „auslandseinsaetze-beenden.de“ verzeichneten im letzten Jahr zusammen rund 80.000 Zugriffe, und insbesondere die Fahrradtouren fanden ein enormes Presseecho. Die Spendensummen für die Kampagne stiegen (außer im Jahr 2006) kontinuierlich an.

Zweifellos wird die DFG-VK also wesentlich mit den „Schritten“ identifiziert. Dennoch oder gerade deshalb wurden auf dem Workshop diverse Detailprobleme kontrovers diskutiert und Änderungen beschlossen – so sollen der Schriftzug im „Schritte“-Logo verändert, Falt-



blätter und Homepages aktualisiert sowie die Beziehung zwischen „Schritte“- und DFG-VK-Homepage überdacht werden.

Auch innere Widersprüche der „Schritte“ wurden thematisiert: Wie kann die „Schritte“-Kampagne einen internen Identifikationsrahmen für die Mitglieder bilden und gleichzeitig beanspruchen, eine offene Plattform auch für andere Friedensbewegte anzubieten? Warum nennen sich die „Schritte“ eine „Kampagne“, während sie doch nur das Leitbild für einzelne Kampagnen darstellen? Warum beschränken sich die „Schritte“ auf eine beliebig erscheinende Reihe von mehr oder minder konkreten Forderungen, die durchaus ergänzt oder aber reduziert werden könnte?

Die TeilnehmerInnen konnten sich zwar auf eine Umbenennung der Schritte-Kampagne in eine „-Plattform“ einigen, was die genannten Widersprüche freilich nicht aufhebt. Überdies mögen die „Schritte zur Abrüstung“ einen Minimalkonsens innerhalb der DFG-VK formulieren, der allerdings manchen nicht weit genug gehen dürfte und auf einen begrenzten Ausschnitt an Themen und damit verbundenen Aktionsformen setzt, der in einer pluralen Organisation keine uneingeschränkte Zustimmung ernten mag.

Angesichts der großen Erfolge der „Schritte zur Abrüstung“ sollte sich die DFG-VK aber mehrheitlich weiterhin und verstärkt zu den „Schritten“ als „Plattform“ bekennen und diese als wesentlichen Rahmen für unsere Arbeit nutzen. Auch deshalb, weil die DFG-VK an einem essenziellen Gegensatz krankt: Einerseits ist für viele die Unabhängigkeit der einzelnen Gliederungen unantastbar, weil nur unter dieser Voraussetzung Basisdemokratie und Pluralität gewährleistet werden können. Andererseits bedarf die DFG-VK der zentralen Koordination und Kooperation, um ihre Ziele wirksam artikulieren zu können, die sich letztlich nur bundesweit durchsetzen lassen.

Auch ohne die von Ringo Bischoff, Bundessekretär der ver.di-Jugend, auf dem Workshop nahegelegte Vermarktung der DFG-VK unter der Bedingung einer zu schaffenden „corporate identity“, die das Autonomieprinzip langfristig verdrängen könnte, bieten die „Schritte zur Abrüstung“ als Plattform die Chance, dieses Dilemma praktisch zu überwinden: Jeder Ortsgruppe, jedem Landesverband und auch der Bundesebene steht es frei, sich unter Nutzung der Strukturen und Materialien des „Schritte“-Netzwerks für konkrete pazifistische Ziele einzusetzen, die sich unter die „Schritte“-Forderungen fassen lassen. Im nächten Jahr werden dies vor allem die Themen Afghanistan, Atomwaffen und Rüstungsexporte sein, die v.a. anlässlich des Nato-Gipfels und der Bundestagswahl kommuniziert werden sollen.

Florian Wieckert ist Mitglied der Gruppe Frankfurt am Main. ZC

Die Friedensbewegung hatte immer gewarnt – berechtigt, wie sich nach über 30 Jahren herausstellt

Eine aktuelle Buchveröffentlichung bringt spannende Erkenntnisse/Von Wolfram Wette

Wer hätte jemals gedacht, dass Helmut Schmidt in der ***ZivilCourage*** einmal positiv gewürdigt wird? Nun stellt sich nach über 30 Jahren heraus, dass er sich ab Mitte der 1960-er Jahre vehement gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, gegen die Stationierung US-amerikanischer so genannter Atom-Minen entlang der damaligen Grenze zur DDR, die nach den Vorstellungen der Generalität bei einem Angriff des Warschauer Pakts frühzeitig gezündet werden sollten, und für ein deutsches Veto-Recht gegen Atomwaffen-Einsätze eingesetzt hat – im Geheimen und erfolgreich. Im Zusammenhang mit dem Buch von Detlef Bald hat er sich dazu nun erstmals geäußert.

Detlef Bald
Politik der Verantwortung
Das Beispiel
Helmut Schmidt
Das Primat des Politischen über das Militärische 1965-1975. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt.
Aufbau-Verlag, Berlin, November 2008, 288 Seiten, 22,95 Euro

Zu Beginn der Regierung Brandt-Scheel war ich ohne große Begeisterung Verteidigungsminister – ich wäre lieber Fraktionsvorsitzender geblieben. Als ich das Amt übernommen hatte, stellte ich fest, dass es weit gediehene Vorbereitungen für die Schaffung eines Gürtels von atomaren Landminen entlang der damaligen so genannten Zonengrenze gab. Und zwar auf westlicher Seite! Die Idee: Sollten Truppen des Warschauer Paktes die Grenzen überqueren, würden die Atomminen hochgehen. Die Löcher waren schon gebohrt, und die Minen lagen bereit. Es handelte sich um eine streng geheim gehaltene Planung der Nato, einschließlich der deutschen militärischen Spitzen, geheim gehalten auch vor dem Bundestag. Und weil ich damals schon ein wenig von atomarer Strategie verstand, habe ich gewusst: Diese Dinger müssen weg! Nach drei Jahren ist es mir mit Hilfe des wunderbaren amerikanischen Verteidigungsministers Melvin Laird gelungen, diese Minen zu beseitigen. Wir haben das alles ganz leise gemacht, weil ich damals die Sorge hatte, dass es eine Angstwelle in Deutschland auslösen würde, wenn die Pläne öffentlich bekannt würden.
Helmut Schmidt in der Süddeutschen Zeitung vom 23./23. November 2008

Mit den von ihm formulierten „Four German No's" hat der sozialdemokratische Politiker Helmut Schmidt in seiner Zeit als Verteidigungsminister in den frühen 1970-er Jahren ein handfestes Stück Friedenspolitik gestaltet. Das fand im Geheimen statt. Schmidt hat sich auch später vornehm zurück gehalten und von seinen damaligen Erfolgen niemals öffentlich gesprochen.

Jetzt äußert er sich dazu in seinem Vorwort zu dem neuen Buch des Münchener Militärhistorikers und Friedensforschers Detlef Bald mit dem Titel „Politik der Verantwortung", das soeben im Berliner Aufbau-Verlag erschienen ist, in eher verschlüsselter Form:

„Ohne den Willen zum Frieden wird kaum jemals ein Krieg vermieden. Aber der gute Wille allein reicht nicht aus. Sondern Sachkenntnis, Vernunft und Urteilskraft sind unerlässlich, um den Frieden zu bewahren. In der Bundesrepublik Deutschland wie in jedem demokratischen Verfassungsstaat sind es die Politiker, nicht aber die Soldaten, welche die Verantwortung für Frieden und Krieg zu tragen haben."

Man ahnt, dass sich hinter diesen Worten ein brisanter zeitgeschichtlicher Stoff verbirgt.

Gab es denn, so fragt man sich, in jener Phase des Kalten Krieges, also in den Jahren 1965 bis 1975, die Bald untersucht hat, in Deutschland Kräfte, denen es am Willen zum Frieden mangelte? Fehlte es ihnen womöglich zudem an sicherheitspolitischer Sachkenntnis, an Vernunft und Urteilskraft? War den christdemokratischen Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger samt ihren Verteidigungsministern Franz Joseph Strauß, Kai-Uwe von Hassel und Gerhard Schröder die verantwortliche Steuerung der Verteidigungspolitik aus den Händen geglitten? Hatten sich die hohen Militärs mit ihrer spezifischen Kriegslogik und ihrem rein auf das Militärische reduzierten Denken durchgesetzt?

Im Oktober 1969 betraute Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) den im In- und Ausland renommierten sicherheitspolitischen Experten seiner Partei mit dem Amt des Bundesministers der Verteidigung. Helmut Schmidt war auf diese politische Rolle bestens vorbereitet. Mit Elan brachte er eine grundlegende Bildungsreform für die Bundeswehr auf den Weg. Gleichzeitig nahm er sich der Verteidigungsstrategie an, die ihn sogleich mit schwerwiegenden Fragen konfrontierte. Schmidt war entsetzt, als ihn General Ulrich de Maizière über die streng geheimen Verteidigungsplanungen informierte: Denn sie sahen im Falle eines – tatsächlichen oder vermuteten – Angriffs aus dem Osten den raschen und grenznahen Einsatz von taktischen Atomwaffen auf dem Territorium des eigenen Landes vor.

Die deutschen Truppenkommandeure konnten die Freigabe von Atomwaffen bei den Amerikanern anfordern, ohne dass die deutsche Regierung darüber auch nur informiert wurde. Schmidt erkannte, dass sich eine kleine Gruppe von amerikanischen und deutschen Spitzenmilitärs in eine entscheidende machtpolitische Position manövriert hatte, und dass diese gefährliche Entwicklung von vertrauensseligen Politikern lediglich abgenickt worden war. Diese Generäle wollten im Krisenfall an der Politik vorbei Atomwaffen einsetzen. In einem realen Konflikt hätte dies das Ende menschlichen Lebens in Mitteleuropa bedeutet. Eine entsprechende Dislozierung vom etwa 100 atomaren Landminen entlang der Grenzen zur DDR und zur CSSR war längst erfolgt. Die Militärs betrachteten die taktischen Atomwaffen als Kriegsführungswaffen und nicht etwa, wie Helmut Schmidt, als politische Waffen zur Kriegsverhinderung.

Erst jetzt, mit dem Abstand von mehreren Jahrzehnten, erfährt die deutsche und die internationale Öffentlichkeit durch das quellennah und präzise gearbeitete Buch von Detlef Bald von diesen Gefahren. Schmidt formulierte am 23. Oktober 1973 vier Punkte, die „Four German No's", wie seine Forderungen in den geheim tagenden militärischen Zirkeln der Nato fortan genannt wurden:

1. Nein zu dem Plan einer flächendeckenden Bereitstellung von Atom-

waffen entlang der Grenze und keine Verwendung derselben im Kampfeinsatz
2. Nein zu einer Vorab-Delegation der politischen Befugnis zum Atomwaffeneinsatz an eine militärische Kommandobehörde
3. Nein zu einer Verteidigungsplanung, die den Tod von Millionen deutscher Zivilisten einrechnete
4. Nein zu dem Plan, unterirdische Bauwerke für die Einlagerung nuklearer Sprengladungen zu errichten, die einen Automatismus heraufbeschworen hätten.

Der deutsche Verteidigungsminister unternahm in den Jahren 1969 bis 1975 eine große und schließlich erfolgreiche Kraftanstrengung, diese Kriegsplanung auszuhebeln, die nach seiner festen Überzeugung „selbstmörderisch" war. Unter strengster Geheimhaltung und gegen mehrjährige Blockadeversuche führender deutscher Militärs, die in den traditionellen militaristischen Vorstellungen vom Vernichtungskrieg dachten, hat Helmut Schmidt in seinem Ministerium und in den Nato-Gremien dafür gesorgt, dass der Primat der Politik wieder hergestellt wurde. Dabei wurde er von seinem amerikanischen Kollegen Melvin Laird unterstützt, der seine Überzeugung von der unteilbaren Verantwortung der Politiker für Krieg und Frieden teilte. Die beiden Minister setzten sich durch: Der politische Wille zur Friedensbewahrung erhielt wieder den Vorrang vor den rein militärischen Kriegsplanungen. In den Worten von Helmut Schmidt:

„Zum einen kam eine Einsatzentscheidung für atomare Waffen nicht mehr ohne Konsultation zwischen der Bundesregierung und dem amerikanischen Präsidenten zustande. Zum anderen wurden die geheimen atomaren ‚Landminen' beseitigt."

Detlef Bald vermittelt aufwühlende Einblicke in die elitäre Welt der Militärs, die – abgeschottet von der Öffentlichkeit und von den Parlamenten – unbekümmert den massenhaften Einsatz von Atomwaffen planten und die nicht verstehen wollten, dass es sich dabei – mit einem Wort von Willy Brandt gesprochen – um „Teufelszeug" handelte, und nicht um eine neue Spielart der Artillerie.

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Militärhistoriker und DFG-VK-Mitglied. ZC

Foto: Stefan Philipp

Tobias Pflüger

Mitglied des Europäischen Parlaments und der DFG-VK

Obama steht für Kontinuität statt Wandel, für Kriegskontinuität statt Wandel zum Frieden.

In den USA wurde ein neuer Präsident gewählt. Einerseits bedeutet die Wahl einen grundlegenden Wandel im innenpolitischen Klima in den USA. Freunde vor Ort bestätigen dies. Viele Hoffnungen sind – auch in Europa – mit der Wahl Barack Obamas zum neuen US-Präsidenten verbunden. Doch gerade aus friedenspolitischer Sicht besteht wohl eher Anlass zur Besorgnis.

Denn für sein Team rekrutiert Obama fast ausschließlich Personen aus dem Umfeld des früheren Präsidenten Bill Clinton, dessen Regierung 1999 maßgeblich für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien verantwortlich war. So berief Obama mit dem damaligen Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark einen der Protagonisten dieses Angriffskrieges in seinen engeren Beraterkreis.

Generell ist es ist frappierend, mit welcher Wucht die „Clintonians" gegenwärtig an die Schaltstellen der Macht zurückkehren. Auf dem G-20 Finanzgipfel ließ sich Obama u.a. durch die ehemalige Außenministerin Madeleine Albright vertreten. Mit Rahm Emanuel wurde zudem ein enger Clinton-Vertrauter zum Stabschef ernannt. Emanuel verfügt über engste Kontakte zum „Democratic Leadership Council", dem 1988 gegründeten Sammelbecken der „War Democrats", die sich für eine wirtschaftsfreundliche und militaristische demokratische Außenpolitik einsetzen. So fordert Emanuel u.a. eine Aufstockung der US-Armee um 100.000 Soldaten.

Von einem grundlegenden „Change", wie er während des Wahlkampfs versprochen wurde, kann in Bezug auf die Außenpolitik, keine Rede sein kann. Dazu passt auch die Meldung, Hillary Clinton habe den angebotenen Posten als Außenministerin angenommen.

Zu Obamas Beratern zählen auch Samantha Power und Michael McFaul, beide glühende Anhänger „humanitärer" Interventionen. Kein Zufall, gab Obama selbst doch an, im Falle von Menschenrechtsverletzungen müssten die USA „dort intervenieren, wo dies möglich ist." Einer seine häufigen Formulierungen war: „Ich bin nicht gegen alle Kriege, ich bin nur gegen dumme Kriege."

Was die amerikanisch-russischen Beziehungen anbelangt, die gegenwärtig in einen „Neuen Kalten Krieg" abzugleiten drohen, ist die Berufung Zbigniew Brzezinskis in den Beraterkreis ein beunruhigendes Zeichen. Zum Georgienkrieg verglich er Putins Vorgehen mit dem Hitlers und forderte, Russland müsse „innerhalb der Staatengemeinschaft isoliert werden."

Obama hat auch keineswegs vor, die Besatzung des Irak wirklich zu beenden: Er hat vielmehr angedeutet, dass er beabsichtigt eine Kerntruppe von 30 000 (!) Soldaten im Irak zu belassen und zwar „für das Vorgehen gegen die Reste von Al-Qaida [...] und die Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte." Ist das der von vielen WählerInnen ersehnte Abzug aus dem Irak?

Die Besetzung des wichtigen „Verteidigungs"ministeriums mit dem bisherigen Amtsinhaber Robert Gates von den Republikanern, einem engen Freund von George W. Bush, und die Ernennung von James Jones, dem ehemaligen Nato-Oberbefehlshaber in Europa machen deutlich: Obama steht für Kontinuität statt Wandel, für Kriegskontinuität statt Wandel zum Frieden.

Ein Begriff wird wieder häufiger zu hören sein: „burden sharing", Lastenverteilung zwischen den Verbündeten, insbesondere in Bezug auf Afghanistan. Obama hat angekündigt, 10.000 zusätzliche Soldaten dorthin zu entsenden. Gleichzeitig fordert er von den europäischen Nato-Verbündeten, insbesondere von Deutschland, einen deutlich größeren militärischen Beitrag. Und: Obama will den Nato-Krieg in Pakistan noch ausweiten, womit eine weitere Eskalation vorprogrammiert wäre.

Was sich mit Obama abzeichnet, ist eine „Neue Transatlantische Partnerschaft" mit einer wieder stärkeren Nato. Die Folge wäre eine Verschiebung der militärischen Beiträge Richtung Europa und damit eine noch mehr auf Militär orientierte (EU)-Außenpolitik. Auf die Freude über die Wahl Obamas in der EU und Deutschland könnte also bald der große Katzenjammer folgen.

Das ärgerliche Gewissen

Fraktionsdisziplin oder Gewissensfreiheit?/Von Ulrich Finckh

Das Grundgesetz schützt das Gewissen allgemein in Artikel 4 Abs. 1, speziell in Artikel 4 Abs. 3 für Kriegsdienstverweigerer und in Artikel 38 für Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Der Gewissensschutz für Abgeordnete ist auch in den Landesverfassungen geregelt. Das Gewissen der Einzelnen steht manchmal quer zu dem, was die Mehrheit will. Deshalb ist sein besonderer Schutz notwendig.

Kriegsdienstverweigerer kennen die Probleme, weil sie lange Zeit den garantierten Schutz des Gewissens nur auf besonderen Antrag mit ausführlicher Begründung und nach Prüfung durch Gremien der Wehrverwaltung erhielten oder auch nicht erhielten. Manchmal halfen Gerichte bei Klagen ab, manchmal versagten auch die den im Grundgesetz garantierten Schutz. Ablehnungen konnten mit allen möglichen unsinnigen Gründen versehen sein. Ich erinnere mich an einen Fall, in dem ein Student sein Studium mit Taxifahren finanzierte und abgelehnt wurde, weil er dabei ja auch Menschen töten könne. Auch an Ablehnungen, weil Soldaten sich erst kurz vorher als Freiwillige länger verpflichtet hatten. Und an viele Fälle, in denen die Prüfenden einfach erklärten, dass sie den vorgetragenen Gründen nicht glaubten. Die Notwendigkeit eines Antrags und die staatliche Prüfung des Antrags gibt es noch immer. Nur fällt die Prüfung derzeit großzügig aus, weil Zivis nützlich sind und die Bundeswehr froh ist, wenn Ersatzdienste helfen, die Wehrpflicht zu erhalten.

Wer Krieg und Kriegsvorbereitung für ein Verbrechen hält, für dessen Nichtbegehen er keinen Ersatzdienst leistet, kann sich eigentlich auf die garantierte Gewissensfreiheit berufen. Aber das Bundesverfassungsgericht sieht das anders und wertet die Wehrpflicht höher als das garantierte Grundrecht der Gewissensfreiheit. Deshalb werden totale Kriegsdienstverweigerer zum Wehr- oder Zivildienst einberufen und bei Nichtbefolgen kriminalisiert. Das Interesse der Bundeswehr wird höher eingeschätzt als das garantierte Grundrecht.

Der spezielle Fall, dass Soldaten einzelne Befehle aus Gewissensgründen ablehnen, ist vor kurzem positiv so entschieden worden, dass das durch das Grundgesetz geschützt ist. Ein Major hatte einen Befehl abgelehnt, der dem Irakkrieg hätte dienen können. Am Krieg hat sich Deutschland offiziell nicht beteiligt. So ging es mehr um eine Grundsatzklärung. Da hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass er das Recht dazu hatte, und hat der Bundeswehr aufgegeben, in solchen Fällen eine andere, nicht diskriminierende Tätigkeit zuzuweisen, die das Gewissen des Soldaten nicht belastet. Das Verteidigungsministerium sieht durch das Urteil die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte gefährdet.

Neu ist der offene Konflikt zwischen Abgeordneten, die sich auf ihr Gewissen berufen, und ihrer Fraktion in Hessen. Die SPD hatte im Wahlkampf zwei Aussagen gemacht, die nach dem Ergebnis der Wahl nicht mehr gleichzeitig erfüllbar waren. Einerseits sollte Ministerpräsident Koch abgelöst werden, andererseits sollte das aber auf keinen Fall mit Hilfe der Linkspartei geschehen. Daraufhin hat die SPD-Vorsitzende mit großer Zustimmung ihrer Fraktion und ihrer Partei entschieden, mit der Linkspartei zwar keine Koalition einzugehen, aber für die Wahl zur Ministerpräsidentin auch auf deren Stimmen zu setzen. Das hat eine Abgeordnete sofort als Wortbruch abgelehnt, und drei andere Abgeordnete haben am Tag vor der schon angesetzten Wahl ebenfalls dieses Vorgehen als Wortbruch abgelehnt. Ohne sie war aber keine Mehrheit zu erreichen, die Wahl wurde abgesagt. Der ganze Vorgang hat vielfachen Ärger verursacht. Es gab moralische Verurteilungen und Rufe nach Parteiausschluss.

Im Bundestag gibt es die merkwürdige Praxis, dass nur bestimmte Abstimmungen als Fragen des Gewissens behandelt werden, so war das bei Fragen der Abtreibung, der Gentechnik und der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Einzelne Abgeordnete haben sich aber auch in anderen Fällen auf ihr Gewissen berufen. So weiß ich, dass der SPD-Abgeordnete meines Wahlkreises in Bremen, der als rassisch Verfolgter nur überlebt hat, weil er in Holland vor den deutschen Truppen versteckt worden war, sich stets geweigert hat, dem Haushalt der Bundeswehr zuzustimmen. Er ging dann vor der Abstimmung zu Herbert Wehner und hat ihm das gesagt, und der hat das akzeptiert. Das ist auf jeden Fall besser als ein anonymes Nein erst in einer Wahl oder Abstimmung.

Trotzdem bleibt immer das Problem der Gewissensentscheidung, die der Mehrheit im Weg ist. Die Fraktionen, die Druck auf Abweichler ausüben, sagen, dass die Partei gegenüber ihren Wählern und Mitgliedern in der Pflicht ist und deshalb niemand Sonderwege gehen darf. Es ist der klassische Konflikt zwischen Mehrheit und Einzelnen. Und es entsteht die Frage, ob man die Entscheidung überprüfen kann, ob es wirklich eine Gewissensentscheidung ist. Kriegsdienstverweigerer wissen, dass man Gewissen nicht prüfen kann. Wer es versucht, missachtet nicht nur den ausdrücklichen Schutz der Gewissen sondern auch die über diesen Regelungen stehende Würde der Einzelnen. Man kann sich im Einzelfall ärgern, aber die Verfassung ist wichtiger.

Ulrich Finckh war 1971-2003 Vorsitzender der Zentralstelle KDV. ZC

Monty Schädel: „Die DFG-VK ist auf einem guten Weg."

Im zu Ende gehenden Jahr haben Aktive der DFG-VK sich wieder kräftig ins Zeug gelegt. Dabei beschränkten sich viele nicht nur auf die eigentlichen Friedensthemen, d.h. Krieg und seine direkten Auswirkungen, Rüstungsproduktion, Rüstungsexport, Umrüstung der Bundeswehr o.ä., sondern suchten auch die Verbindung zu den Krieg und die Kriegbeteiligung begleit-

enden Umständen. Sie brachten die DFG-VK-Arbeit mit Fragen des Sozialabbaus, des Bildungsnotstandes und des zunehmenden Grundrechteabbaus. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit setzten sich die Aktiven vor Ort selbst, so dass DFG-VK-Aktive, -Fahnen und -Transparente bei Protesten gegen Bundeswehrauftritte vor Kasernen, auf Messen oder vor Arbeitsämtern ebenso zu sehen waren, wie sich auch Totale Kriegsdienstverweigerer auf die Solidarität der DFG-VK verlassen konnten und andere Kriegsdienstverweigerer Beratung erhielten. Auf der Daimler-Aktionärstagung wurde die Rüstungsproduktion des Konzern kritisiert und im Gespräch mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages der deutsche Rüstungsexport.

Trotz aller unterschiedlichen Herangehensweisen zur Umsetzung unserer Grundsatzerklärung gab es in den vergangenen Monaten aber auch gemeinsames Agieren der DFG-VK. In Kooperation mehrerer Gliederungen wurden z.B. im Rahmen der Plattform Schritte zur Abrüstung Aktionen vor Parteitagen zum Krieg in Afghanistan organisiert. Im Bündnis mit anderen Friedensorganisationen wurden Informationsveranstaltungen mit US-Soldaten organisiert. Nicht zuletzt auch in der Afghanistankampagne der Friedensbewegung hat die DFG-VK ihre Stärken gezeigt. Ein nicht unerheblicher Teil der 22.700 Unterschriften unter die Petition wurde durch Gliederungen und Aktive der DFG-VK gesammelt. Auch wenn die Beteiligung an der Demonstration am 20. September eher schwach war, so war es doch die DFG-VK, die als einzige Organisation bundesweit mobilisieren konnte.

Dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf Grund der Kriegsereignisse und der deutschen Beteiligung daran härter werden, musste die DFG-VK durch die Skandalisierung eines auch in der DFG-VK umstrittenen Plakates des Berliner Büro für antimilitaristische Maßnahmen erfahren. Aber so wie die eingangs erwähnten Aktivitäten machten auch die Reaktionen aus der DFG-VK zu dem Plakat deutlich, dass in bei uns Menschen unterschiedlicher Ansichten aktiv sind und dementsprechend den richtigen Weg zum Frieden suchen. Das ist die Stärke unseres Verbandes, wenn wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Die DFG-VK konnte auf Grund ihrer wieder zunehmenden und erkennbaren Präsenz in regionalen sowie bundesweiten Zusammenhängen und Diskussionen ihre Position stärken und sich in die friedenspolitischen Diskussionen zurückmelden.

Die zunehmenden Beitritte zur DFG-VK in den letzten Jahren können die Austritte immer noch nicht ganz ausgleichen. Auffällig dabei ist, dass uns gerade auch Mitglieder verlassen, die in den 1970-er und 1980-er Jahren eingetreten waren. Das ist auch deshalb bedenklich, weil ein Großteil unserer Mitglieder in diesen Jahren unserem Verband beitraten. Auch wenn in vielen Gliederungen die Zahl der Aktiven aus diesen Jahren abgenommen hat und neue hinzukamen, so ist es für die Arbeit des Verbandes auch von Bedeutung, dass mit dem Einstellen der aktiven Mit- und Gestaltungsarbeit nicht auch die Mitgliedschaft eingestellt wird. Die Arbeit der DFG-VK lebt auch davon, dass Mitglieder mit anderen Schwerpunkten in ihrer Lebensplanung als dem regelmäßigen Engagement in der Friedensbewegung ihre Mitgliedbeiträge zur Verfügung stellen. Ohne diejenigen, die lediglich ihren Mitgliedsbeitrag zur Verfügung stellen und sich ansonsten anderen wichtigen Aufgaben zuwenden, wäre unsere Arbeit nicht möglich. Jedes Mitglied ist (uns) wichtig, egal ob selbst aktiv oder aber die Arbeit der Aktiven finanzierend. Da es eine Berechtigung für beides gibt, sollten wir im nächsten Jahr noch aktiver in der Mitgliederwerbung werden. Nicht nur unter den Aktiven in der Friedensbewegung, sondern auch bei allen anderen uns verbundenen Menschen. Denn ohne die finanzielle Unterstützung aus neuen Quellen werden wir die Anforderungen an uns, die einzige Friedensorganisation die bundesweit mit Gruppen und Aktiven präsent ist, nicht bewältigen können. Die gesellschaftlichen Entwicklungen brauchen jedoch eine starke DFG-VK als übergreifende Organisation von AntimilitaristInnen und PazifistInnen unterschiedlicher politischer, konfessioneller und sozialer Herkunft. – Wir sind auf einem guten Weg!

Monty Schädel ist DFG-VK-Bundesgeschäftsführer. ZC

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 830004600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Warum ich in die DFG-VK eingetreten bin

In Zeiten, in denen gefallene Soldaten wieder zum Alltag in Deutschland werden, ist eine Organisation wie die DFG-VK unverzichtbar. Wenn unser Kriegsminister ein Ehrenmal für tote Soldaten bauen lässt – so als wäre das Krepieren auf dem Schlachtfeld etwas Ehrenhaftes –, dann ist eine Organisation nötig, die glaubwürdig gegen diesen Militarismus aufsteht. Wenn der Militäretat für die Bundeswehr immer größer wird und wenn aus Deutschland auf Rekordniveau Waffen in Krisengebiete exportiert werden, dann brauchen wir dagegen ein klares Nein. Wenn die Bundeswehr in Schulen, Universitäten und Jobcentern versucht, mehr oder weniger willige Rekruten für das Kriegshandwerk zu mobilisieren, dann brauchen wir eine Organisation wie die DFG-VK, die Menschen konkret dabei hilft, sich dem Kriegsdienst zu verweigern. Aus all diesen Gründen ist die DFG-VK ist für mich ein wertvoller Rahmen, um gemeinsam dafür zu arbeiten, dass Krieg und Gewalt nicht weiter von Deutschland ausgehen.

Foto: privat

Claudia Haydt, Religionswissenschaftlerin und Soziologin, ist im November in die DFG-VK eingetreten.

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ
Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘
Datum Unterschrift

ZivilCourage-Abo

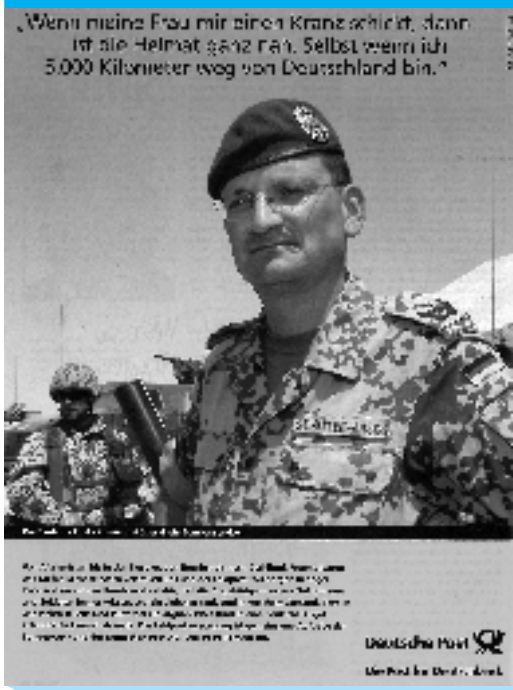
Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
ZivilCourage-Redaktion
Postfach 900843
21048 Hamburg

Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben

ACHTUNG! *Satire*



gefunden im Satiremagazin Titanic 11/2008

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK